

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3194

Willkommen, Ihr Vertreter der deutschen Gasarbeiter!

Seit Bestehen unseres Verbandes haben die Gasarbeiter in der Organisation einen erheblichen Teil gebildet, ja man hat sie nicht mit Unrecht unsere Kerntruppen genannt. Vielfach waren sie die Pioniere, um den Aufbau einer Filiale zu ermöglichen. Sie führten hervorragende Kämpfe um Besserstellung ihrer Position und sie traten auch, wenn es sein mußte, jederzeit für die Gesamtinteressen aller übrigen Arbeiterkategorien energisch vor die Front.

Wenn auch das prozentuale Verhältnis mit der wachsenden Ausbreitung unseres Verbandes nicht mehr so überragend als in früheren Jahren sein mag, bilden doch die 13000 Kollegen der Gasindustrie noch nahezu ein volles Drittel unserer Gesamtmacht, welche letztere sich bekanntlich aus mehr denn zwanzig verschiedenen Kategorien zusammensetzt.

Darum kann es wohl als gerechtfertigt gelten, daß nach fünfjähriger Pause wieder einmal die besonderen Verhältnisse dieser Sparte einer eingehenden Betrachtung und Erörterung unterzogen werden, wozu die dritte Gasarbeiterkonferenz vom 23. und 24. August d. J. ausersehen ist. Insbesondere ist es erforderlich, die technischen Fortschritte in der Gasproduktion von sachmännischer Seite zu behandeln und die daraus resultierenden Einwirkungen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kritisch zu beleuchten. Selten hat wohl die Technik einen so beispiellos glänzenden Triumphzug angetreten, als auf diesem Gebiet. Die Wunder der Elektrizität in allen Ehren, aber sie haben nicht vermocht, dem „alten Konkurrenten“ auf dem Gebiete der Licht- und Kraftherzeugung — dem Gas — Abtrag zu tun. Im Gegenteil: die ungeheure Ausbreitung und Verwendbarkeit des Gases zu Leucht- und Kraftzwecken erscheint noch bei weitem nicht zum Abschluß gebracht.

Freilich, etwas anders und weniger glänzend sehen sich die Dinge vom Standpunkt des beteiligten Arbeiters an. Immer mehr ist bei der Entwicklung der Gaschnik zum Hauptproblem geworden: Wie kann die menschliche Arbeitskraft ausgeschaltet werden? Sei es, daß man „Ersparungen“ machen wollte oder die „Streikgefahr“ vermindern, oder auch in Rücksicht auf die „Gesundheit der Arbeiter“, wie es in den verschiedenen technischen Zeitschriften heißt, eine Erfindung drängte die andere und immer weniger Arbeitskräfte werden zur Herstellung gleich großer Gas Mengen benötigt. Der Handbetrieb der Horizontalsäfen wurde durch die Lademaschinen abgelöst, die Entleerung durch mechanische Koksinnen und bei den modernen Vertikal-säfen mit maschinellen Ein- und Ausladen ist eine weitere Ersparnis von Arbeitskräften erzielt, die ihren einseitigen Gipfel in den sogenannten Kammeröfen besitzt, wo nur wenig Arbeiter die Gasbereitung „überwachen“. Dazu sind besonders die Transportanlagen vervollkommen worden, kurz: ein modernes Gaswerk ist gleichzeitig ein kleines Wunderwerk. Nur schade, daß die Arbeiter wenig Vorteile, aber mancherlei Nachteile bei diesen Wandlungen miterleben mußten. Zwar hat, dank dem kräftigen Aufbegehren, der Achtstundentag vielfach seinen Einzug gehalten; auch die Wechselschichten sind nicht mehr so häufig menschenmordende „24er“. Alles in allem ist aber die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen noch ganz und gar nicht auf der Höhe, wie sie sein sollte.

Eine Erscheinung, die uns gleichsam vor neue Aufgaben stellt, ist auch die Gasfernversorgung. Hierbei wird festzustellen sein, wie weit sich das Interesse der beteiligten Arbeiter mit dem der Allgemeinheit deckt und danach einzig und allein ist zu bewerten, welche Stellung wir zu diesen Dingen nehmen. So viel darf aber schon jetzt gesagt werden: Nach allen Berechnungen und bisherigen Erfahrungen tauschen die Gemeinden recht zweifelhafte Werte ein bei Preisgabe ihrer kommunalen Gasanlagen und Entnahme von Zehengas.

Von sachkundiger Seite werden auch die Berufskrankheiten der Gasarbeiter zum Vortrag gebracht werden. Das damit geschaffene Material wird auch später noch bei Vorschlägen an die Gesetzgebung Verwendung finden können. Für fruchtbringende Arbeit ist also in Hülle und Fülle gesorgt. Also arbeiten wir! Und unsere dritte Gasarbeiterkonferenz wird — des sind wir gewiß — einen neuen Anstoß bilden, die noch schlummernden Kräfte in Bewegung zu setzen und die Energie aller Interessierten aufs ängstlichste anzuspannen.

Wenn in diesen Tagen 71 Delegierte, hinter denen die 13000 organisierten Gasarbeiter aus 154 Orten stehen, ihre Berufslage besprechen und über Mittel und Wege zu neuen Fortschritten beraten, so dürfen wir sicher sein: sie werden alles daran setzen, den deutschen Gasarbeitern neue Wege zu ebren für eine bessere wirtschaftliche Zukunft.

Was sind die Gewerkschaften?

Von Dr. Adolf Braun.

Gewerkschaften sind dauernde Verbindungen von Lohnarbeitern des gleichen Berufes zum Zwecke der Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Der Lohnarbeiter, der „freie Arbeiter“ innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nicht aber der Sklave, nicht der leib-eigene Arbeiter können Gewerkschaften gründen. Der „freie Arbeiter“, das ist der Arbeiter, dem das geschriebene Recht, aber nicht die Wirtschaftsverfassung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit gibt, den Ort seiner Beschäftigung frei zu wählen. Der Staat gibt ihm das Recht der Freizügigkeit, bis zu einem gewissen Grade auch die Freiheit der Wahl des Berufes und — mit gewissen Einengungen — die Freiheit der Wahl dessen, dem er seine Arbeitskraft für begrenzte Zeit verkauft. Der freie Arbeiter hat aber nur soweit die Möglichkeit der freien Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsortes, soweit seine Mittel reichen, ohne Arbeitsleistung auszukommen und den Ort des Wohnsitzes zu wechseln. Die Freiheiten, die der kapitalistische Staat dem Arbeiter einräumt, bedürfen zur Ergänzung die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die der einzelne Arbeiter, der nur auf sich gestellte, isolierte Arbeiter nicht besitzt. All die Freiheiten des kapitalistischen Staates schaffen keine Unabhängigkeit dem Arbeiter, schaffen ihm nicht die Möglichkeit, die ihm rechtlich gesicherten Freiheiten zu nützen, mindern nicht seine Abhängigkeit von den Eignern der Produktionsmittel. Will der Arbeiter die Freiheiten nützen, die das theoretische Recht ihm einräumt, dann muß er sich die wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern, die ihm die Freiheit zur Tat werden läßt. Was der einzelne nicht kann, vermag die Gesamtheit.

Die Verbindung der Lohnarbeiter kann dem Arbeiter durch Unterstützungseinrichtungen, durch die die organisierte Arbeitsvermittlung, durch einen geordneten Nachrichtendienst die Möglichkeit geben, Wohn- und Beschäftigungsort zu wechseln, die Freizügigkeit zu nützen, den Unternehmer mit den schlechten Lohnbedingungen, der ihn unwürdig behandelt, zu verlassen und den Ort bester Verwertung der Arbeitskraft aufzusuchen. Jede nicht leicht verderbende Ware wird der Stelle bester Verwertungsmöglichkeit zugeführt, die die Arbeitskraft vermag dies nur, wenn die dauernde Verbindung der Lohnarbeiter die Voraussetzung schafft. Weisheit dieses Streben nach dem Orte bester Verwertungsmöglichkeit der Arbeitskraft überlegt, klug und dauernd, so entwickelt sich hieraus schon eine Vereinfachung des Arbeitsmarktes, die zur Erfüllung der Aufgaben der Gewerkschaften, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führt.

Die Gewerkschaft kann nur dann ihrem Zwecke dienen, wenn sie eine dauernde Verbindung der Lohnarbeiter ist. Immer wieder erfahren wir von Verzweiflungskämpfen der Arbeiter, von plötzlich geeinigtem Willen, von erfolgreicher Abtrotzung besserer Arbeitsbedingungen durch des Prudes müde, zu momentaner Kraftäußerung gelangter Arbeiter. Aber wir hören dann auch immer wieder, daß die Erfolge, die die imponierende Einigkeit der Arbeiter errungen hat, nicht aufrechterhalten werden können, daß sich bald wieder die Arbeiter nicht mehr als Teil einer Gesamtheit, nicht als Ausführer eines gemeinsamen Willens, sondern als isolierte, schwächliche, dem übermächtigen Unternehmer widerstandslos Einzelpersonen fühlen, und so rasch die Errungenschaften verlieren, die der kurze gemeinsame Wille dem Ausbeutertum abgerungen. So erscheint uns die dauernde, ununterbrochene Verbindung mit dauernden finanziellen Leistungen, mit ununterbrochener Schulung, mit ständiger Erziehung zur Solidarität unentbehrlich.

Die dauernde Verbindung von Lohnarbeitern muß aber den beruflichen gegliederten Gruppen zufallen. Die dauernde Verbindung von Lohnarbeitern des Bergbaues und der Textilindustrie mit denen der Papierfabrikation und der Goldschmiedekunst wird keinen gewerkschaftlichen Erfolg zeitigen. Die Arbeiter müssen sich zunächst vereinen nach Berufen und Berufsgruppen. Im handwerksmäßigen Schuhmachergewerbe wird die dauernde Vereinigung der Schuhmachergehilfen die Möglichkeit des Widerstandes gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Voraussetzung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen schaffen. So einfach die Gruppierung der Gewerkschaften unter der Vorherrschaft der handwerksmäßigen Betriebsformen im Gewerbe ist, so kompliziert und so wechselnd gestalten sich die Voraussetzungen nach dem Siege des Fabrikwesens in dem Zeitpunkt des Strebens nach gewaltigen Betriebskonzentrationen, in der Periode der Ent-

wicklung der Riesenbetriebe, die die Arbeiter der verschiedensten Art zusammenfassen, weil sie eine ganze Reihe früher selbständiger Gewerbe und Industrien zusammenschweißen in neue früher ungeahnte Riesenbetriebe, mit der mannigfachen Produktionsvereinigung. Da sehen wir ganze Gruppen von neuen Betriebsarten erwachsen, die in der ganzen Organisation wie in der Rekrutierung der Arbeiter, wie in der Warenproduktion vollständig Neues, früher völlig Unbekanntes schaffen, weil sie von ganz neuen Voraussetzungen der Arbeitervereinigung wie der Fabrikorganisation ausgehen. Da sehen wir die Betriebe der elektrischen Industrie, in denen neben Metallarbeitern aller Art vom Formier bis zum Siseleur und Graveur, Holzarbeiter, Modelltischler, Pautischler, Drechsler und andere, Textilarbeiter, Steinarbeiter, Glasbläser und -schleifer, Arbeiter der chemischen Industrie und viele andere Arbeiter vereinigt sind. In der Waggonfabrik finden wir neben Metallarbeitern und Holzarbeitern Bauarbeiter, Maler, Lackierer, Tapezierer, Sattler, Glaser usw. vereinigt. Die Zuderfabrik sucht neben den Zuderarbeitern auch die Rübenbauer von sich abhängig zu machen, in der Brauerei sehen wir den Zimmerer und Maurer, den Maschinisten und Seiler, den Fußbinder und Fuhrmann neben den eigentlichen Brauereiarbeitern wirken. In Eisenwerke gliedern sich Kohlengruben, an Eisenerzstätten Eisenbahnlinien. Die große Möbelfabrik bedarf der Tischler, der Pautischler wie der Köbeltischler, Drechsler, Bildhauer, Vergolder, Sattler und Tapezierer, oft auch Marmorfleischer und Glasäßer, Sticker und Lederarbeiter, Maler und Lackierer, das moderne Baugeschäft hat eine Fülle von Arbeiten der verschiedensten Art zur Voraussetzung: Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter, Maurer und Steinmetze, Zimmerer und Pautischler, Tücher, Maler und Anstreicher, Pauspenger, Dachdecker, Riesenleger, Parkettbodenleger, Installateure, Mechaniker, Seiler, Maschinisten usw. Es handelt sich mit der Ausbildung dieser Betriebe nicht mehr um kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern um engste und dauernde Verknüpfung der Arbeiter verschiedenster Art mit dem modernen Riesenbetrieb.

Nicht nur das moderne Baugeschäft, die Maschinenbauanstalt, die Elektrizitätsfirma schwächen Arbeiter verschiedenster beruflicher Aufgaben und mannigfachster Herkunft zu einem gemeinsamen Ganzen, zu einer neuen, früher nicht gekannten geschlossenen Interessengemeinschaft, ja zu einer neuen, wenn auch früher ungeliebten Berufseinheit, trotz der Verschiedenheit der Aufgaben, die den einzelnen Arbeitern wie den mannigfachen Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Gemeindebetrieben wird. Auch die moderne Stadt ist ein ganz eigenartiges wirtschaftliches Gebilde, das immer mehr zur Selbstbefriedigung seiner eigenen Bedürfnisse und zur Massenbefriedigung mannigfacher Bedürfnisse seiner Einwohner, oft durch Anstalten mit Monopolcharakter, d. h. mit Ausschluß allen privaten Wettbewerbes strebt. Wir sind noch lange nicht am Ende dieser Entwicklung, aber verglichen mit den Verhältnissen vor dreißig Jahren, sind die Städte schon sehr weit auf diesem Wege vorgeschritten:..

Die modernen Städte, insbesondere in Deutschland, haben heute viele zehntausende Arbeiter in direkte Abhängigkeit von sich gebracht; neben vielen hunderten Personen, die als Beamte in verschiedenster Stellung, vielfach aber ökonomisch und den Arbeitern nicht allzu sehr verschieden, wirken, sehen wir für städtische Betriebe wirken Arbeiter mannigfachster Vorbildung und zahlreicher Aufgaben. Das kann nicht anders sein. Gut sich doch die moderne Stadt nicht mehr auf Straßencleaning, primitive Beleuchtung der wichtigsten Plätze und Gassen u. dergl. zu beschränken; sie hat heute fast überall die Wasserversorgung in Händen, auch die Gasanstalten und Elektrizitätswerke für Beleuchtung und Kraftzwecke, die Straßenbahnen werden in einer immer größer werdenden Zahl von Städten kommunale Betriebe. Wochenmärkte, Schlacht- und Viehhöfe, Einrichtungen für Fisch-, Milch- und Fleischversorgung, städtische Lagerhäuser, Badeanstalten, Desinfektionsanstalten, Wohnungsbauten, Ledigenheime, Spitale, Museen, Theater, Hochschulen, Zeitungen, Plakatanstalten, Handel mit Holz usw. usw. sind heute als Teile städtischen Verwaltungswesens keine Seltenheit. Immer mehr müssen die städtischen Verwaltungen, nachdem der prinzipielle Widerstand gegen diese Wirksamkeit der Gemeinden völlig überwunden ist, den Kreis ihrer Betätigung zur eigenen Erzeugung der vom Gemeindehaushalt gebrauchten Güter wie zur

Befriedigung der Bedürfnisse der Gemeindeangehörigen ausdehnen. Ja sie kommen dazu, über diesen Kreis, für Nachbargemeinden und deren Bewohner, ja ganz frei für den allgemeinen Markt zu produzieren. Die Städte werden zu den größten Produzenten, die zahlreiche Betriebe, darunter Groß-, selbst Riesenbetriebe besitzen und dauernd im Gange halten, sie werden zu Beschäftigern großer Massen von Arbeitern.

Diese Arbeiter sind, wenn auch nicht stets alle, im Gebiete der Städte, aber in einer Reihe von oft weit auseinanderliegenden, scheinbar selbstständig verwalteten Betrieben tätig. Aber sie werden einheitlich regiert, ein Wille bestimmt in letzter Linie Art und Anwendung der Arbeiterbehandlung, die Bedingungen der Arbeit, der Bezahlung der Arbeiter. Der isolierte Arbeiter wird zur Berücksichtigung seiner Wünsche die Stadtverwaltung nicht veranlassen können, auch die Arbeiter eines einzelnen städtischen Unternehmens werden nur zu oft, wenn sie ihre Wünsche durchsetzen wollen, beobachten, daß ein einheitliches Unternehmerprinzip die städtische Verwaltung beherrscht, ja naturgemäß bestimmen muß. Dem Unternehmer, auch der Stadt, sind die Zusammenhänge der Betriebe klarer wie den Arbeitern. Wie alle Arbeiter einer großen Bergwerksgesellschaft, einer Maschinenbauanstalt oder eines Tausende von Arbeitern verschiedenster Art beschäftigenden Baugeschäftes vom Unternehmer zur Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und deshalb der Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation erzogen werden, so geschieht dies auch für alle Arbeiter der städtischen Betriebe durch die Stadtverwaltungen.

Wohl ist mannigfach verschieden die Arbeit in einem Gewerke und fast jede deren Betätigungen unterscheidet sich gründlich von allen einzelnen Wirklichkeiten im Elektrizitätswerk oder am Schlachthof oder bei der Strahenerhaltung und -säuberung, in der Markthalle und in den Heil- und Pflegeanstalten, wie in den Betrieben und Verwaltungszweigen der Stadt, und doch sind sie alle in einem Willen unterworfen. Alle diese Angestellten und Arbeiter sind nur fähig, ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen dem Unternehmer gegenüber zu wahren, wenn sie die zusammenfassende Gemeinsamkeit erkennen, wenn sie alle zusammenstehen und die Solidarität aller städtischen Arbeiter usw. zum Bewußtsein jedes Arbeiters, aber damit auch der maßgebenden und entscheidenden Instanzen der Stadtverwaltung bringen.

Ein kunstvolles Gebilde ist eine städtische Verwaltung, sie repräsentiert eine große Macht mit starkem Rückhalt in der öffentlichen Meinung, sie ist ein Organ der mächtigen Staatsverwaltung, geradezu kraftvoll durch ihre Selbstverwaltung; Gesetze, Statuten, Reglements, Ortsgebräuche steigern ihre Machtfülle. Die Verbindung ihrer Interessen mit denen der Bürger oder herrschender Parteien kräftigt die Stadtverwaltung, sie hat nur zu oft eine weit größere Macht den Arbeitern gegenüber, wie der private Unternehmer. Dadurch wird aber auch die Erfüllung der Wünsche, die einzelne Arbeiter oder Arbeitergruppen an die städtischen Verwaltungen richten, erschwert. Die Stadtgewaltigen umgürten sich dann mit behördlicher Autorität, sie rufen den Egoismus der steuernden Bürger gegen die städtischen Arbeiter auf, sie wissen das, was man die „öffentliche Meinung“ nennt, gegen die städtischen Arbeiter mobil zu machen und so die Arbeiter abzuschrecken, zu terrorisieren. Wie hilflos wären da die städtischen Arbeiter, wenn sie allein ständen, jede Arbeitergruppe allein! Man würde ihnen da bald zur Erkenntnis bringen, daß sie sich als bescheidene „Niemand“ zu fügen hätten, dem Wohlmeinen einer patriarchalischen Obrigkeit, die als Beschäftigter der Arbeiter im höheren Interesse der Gesamtheit lange Arbeitszeit bei hohen Löhnen verlangen müsse. Gegen diese Politik kann erst Wandel geschaffen werden, wenn sich die städtischen Arbeiter aller Art, in jeder Stadt und die städtischen Arbeiter des ganzen Reiches zur gemeinsamen dauernden Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen und so selbst den Verwaltungen der größten Städte gegenüber zu einer Macht werden.

Dieses ergeben sich ganz eigenartige Notwendigkeiten gegenüber der Gewerkschaftsgestaltung. Nicht die Gemeinsamkeit der Lehre, die früher die Arbeiter auch in der Gewerkschaft zusammengeführt und zusammengeführt hat, sondern die Gemeinsamkeit des Unternehmers, dem die Arbeiter entgegenstehen, vereinigt sie in der gewerkschaftlichen Organisation. Neben den Arbeitern der verschiedensten Berufe, die innerhalb ihres Berufes in den Riesen- und Großbetrieben wirken, gibt es zahlreiche angelernte und ungelernete Arbeiter, die wohl eine Handwerkslehre durchgemacht haben, aber nicht in dem Berufe, dem sie entwichen sind, wirken, nicht irgendwie das nützen können, was sie aus ihrer Lehre fürs Leben mitgenommen zu haben meinten. Zahlreiche frühere Wäcker, Müller, Friseurgehilfen, viele frühere Bau- und

Textilarbeiter wirken heute an der Revolverdrehbank oder an einer anderen Werkzeug- oder Holzbearbeitungsmaschine, auch in irgendeinem städtischen Betriebe oft mit bewundernswürdiger Leistungsfähigkeit nicht als gelernte, wohl aber als angelernte Arbeiter, vielfach mit Löhnen, die weit aus übersteigen, was sie in ihrem Berufe jemals erhoffen konnten. Sie denken nie daran, in den Beruf zurückzukehren, aus dem sie ursprünglich hervorgegangen sind, sie sind ihm dauernd entfremdet, und aufs engste — wenigstens ihrem Willen nach — verbunden mit der neuen Berufstätigkeit. Sie sind auch nicht mehr mit dem dünnsten Bande des Interesses mit denen vereinigt, die die gleiche Lehre wie sie mitgemacht haben, aufs engste sind ihre Interessen verflochten mit den Arbeitern der verschiedensten Lehren und mit Arbeitern und Arbeiterinnen, die keine Lehrzeit durchgemacht haben, aber wie sie dem gleichen Unternehmer ihre Arbeitskraft verkauft haben. So bildet sich eine neue Verbindung von Arbeitern, die nun in der gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen als „Lohnarbeiter des gleichen Berufes“ für die Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen wirken müssen. Diese Erscheinungen sehen wir nicht nur in dem augenfälligen Riesenbetriebe, wir finden sie auch in der Hausindustrie, wo Arbeiter der verschiedensten Art, wenn auch in tausenden Heimarbeitertätten zerstreut, für den gleichen Verleger, für denselben Exporteur tätig sind, der sie an unsichtbaren Fäden lenkt und mit gleichmäßigem Druck ihre Lebenshaltung zu verschlechtern, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, ihre Isoliertheit auszunützen sucht. Wir treffen aber nirgends klarer und durchsichtiger auf diese Interessengemeinschaften, wie bei der Gesamtarbeiterschaft der Stadtverwaltungen.

So sehen wir neue Formen großer Gewerkschaften, konzentrierte Vereinigungen in der Zukunft zur Notwendigkeit werden. Der Großbetrieb in der Gewerkschaft wird erzogen durch die Entwicklung vom Handwerk zum Riesenbetriebe, durch die Zusammenfassung der Arbeiter verschiedenster Art unter den Willen eines einzelnen, sei es eines privaten Unternehmers oder einer städtischen Verwaltung. An Stelle zahlreicher kleiner, an Stelle isolierter gewerkschaftlicher Vereinigungen haben gewaltige, das ganze Wirtschaftsgebiet umfassende Vereinigungen der Arbeiter ganzer Industriegruppen zu treten.

Die Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte muß das Spiegelbild sein der Abwehr- und Kampfmethoden des Unternehmers gegen die gewerkschaftliche Organisation. Immer weniger bildet die Regel der Kampf des einzelnen Fabrikanten gegen den einzelnen Arbeiter oder gegen die Arbeiter seines Unternehmens, die von der übrigen Arbeiterschaft isoliert sind. Ja, auch der Kampf der einzelnen Fabrikanten gegen die Organisation der Arbeiter bildet nicht mehr den üblichen Fall. Immer mehr wird zur Regel, daß Arbeiterorganisationen den Unternehmerorganisationen und diese jenen geschlossen gegenüberstehen. Mit der Konzentration des Kapitals wächst, wie Rudolf Hilferding in seinem gründlichen Buch über das Finanzkapital auseinandersetzt, die Macht des Unternehmers im Kampfe um den Arbeitsvertrag. Je zersplitterter eine Industrie, je kleiner die durchschnittliche Größe des Betriebes, desto größer im allgemeinen die Macht der Gewerkschaft. Innerhalb der gleichen Industrie wieder ist die Macht der Gewerkschaft größer im Klein- und Mittelbetriebe wie im Großbetriebe. Schon deshalb, weil das durch die Konkurrenz des Großbetriebes ohnehin schwer bedrohte kleine Unternehmen die Verluste eines Kampfes viel weniger aushalten kann als das große Unternehmen. Der Kampf der Gewerkschaften fördert überhaupt die Entwicklung zum Großbetriebe und damit die Entwicklung der Produktivität, den technischen Fortschritt, die Herabsetzung der Produktionskosten und die Entstehung vom relativen Mehrwert, wodurch er selbst die Vorbedingungen schafft für die Erreichung neuer Zustände. Treibt nun so neben anderen innerhalb der kapitalistischen Warenproduktion wirkenden Kräften das Unternehmertum zur Konzentration, zur Kartellierung und Verkrüftung, zur Fusionierung kleiner Betriebe, zur technischen Ausgestaltung größerer, zur Ausschaltung der Konkurrenz unter den Betrieben, mit einem Worte zur Stärkung der kapitalistischen Kräfte, nicht zuletzt gegen die Arbeiter und ihre Organisationen, dann muß es Entwicklungstendenz und Entwicklungsprinzip der gewerkschaftlichen Organisationen werden, ihre Kräfte auf jede Weise zu steigern, vor allem durch die Konzentration der Organisationen. Wohl so kann die Macht, die von den Arbeitern im Lohnkampf in die Waagschale geworfen werden kann, einigermaßen ebenbürtig gehalten werden der sich infolge der kapitalistischen Entwicklung ununterbrochen steigenden Kraft des Unternehmertums zur Abwehr der Arbeiter und zum Angriff gegen sie.

Die kapitalistischen Interessen beherrschen die Industrieentwicklung. Unpersönlich wird das Kapital in der Aktiengesellschaft, im Kartell, im Trust, in der Unternehmerorganisation, nicht zuletzt in der städtischen Verwaltung. Im Kampfe gegen die Arbeiter schweigen die Differenzen des Bürgertums, der Unterschied der Nationalität, der Konfession, der Zugehörigkeit zu politischen Parteien, der gesellschaftlichen Stellung, sie alle werden bedeutungslos und weifenlos, wenn es gilt die Abwehr gegen die Forderungen der Arbeiter. Der Band der Industriellen, die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände, die zahlreichen anderen Kampfvereinigungen der Fabrikanten und der Handwerksmeister, die Abmachungen zwischen den städtischen Verwaltungen, sie alle kennen vor allem eine Voraussetzung der Zugehörigkeit zu diesen Organisationen: den Gegensatz gegen die Arbeiterorganisation, alles sie sonst Trennende verschwindet, wird nebensächlich, wenn es das Entscheidende gilt: die Stärkung der Kapitalgewalt gegen die Arbeiterorganisation. Im wirtschaftlichen Kampfe gibt es ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte; wer im wirtschaftlichen Kampfe nicht unterliegen will, wer da nach dem Erfolge strebt, kann nur wirtschaftliche Erwägungen für Entstehen und Wirken der Organisation, für die Werbung der Mitglieder und für die Taktik des Kampfes entscheiden lassen. Mit unübertrefflicher, fast durch keine Ausnahme getrübler Konsequenz wirkt das Unternehmertum nach diesen Grundsätzen. Hier können uns unsere Feinde Lehrmeister sein, denn die Arbeiter haben da viel von ihnen zu lernen.

Sind es kapitalistische Auffassungen und Kampfmethoden, die allein den Ausschlag geben für die Bildung und Führung der Unternehmerorganisationen, wie auch für die Entschliessungen der städtischen Verwaltungen, so müßten für die sachgewerblichen Arbeitervereinigungen, für die der Kampf gegen das Unternehmertum Lebensaufgabe ist, bloß gewerkschaftliche Gedankengänge und Motive entscheidend sein. Wir sehen aber, daß viele Arbeiter nicht nur im Gegensatz zu den Ausbeutern ihrer Arbeitskraft organisiert bleiben, wir wissen auch, daß es Arbeiter gibt, die sich organisieren in Gewerkschaften, aber getrennt von der Masse der organisierten Arbeiter, so als Christliche, so als Hindu-Tunderische, von den schmähdlichen Gelben, den Bedientenorganisationen der Unternehmer ganz zu schweigen.

Wenn wir nun noch einmal an unsere Begriffsklärung der Gewerkschaften erinnern, daß sie dauernde Verbindungen von Lohnarbeitern gleichen Berufes sind, zum Zweck der Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, so müssen wir dies tun, weil es dauernde Vereinigungen der Lohnarbeiter des gleichen Berufes geben kann, die nicht gewerkschaftlichen Zwecken dienen. Um die dauernden Verbindungen der Lohnarbeiter zu Gewerkschaften zu machen, müssen sie auch einem gewerkschaftlichen Zweck dienen, müssen sie die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser Lohnarbeiter zur maßgebenden und entscheidenden Aufgabe haben. Wir können uns wohl in einem städtischen Betriebe eine dauernde Verbindung von Lohnarbeitern denken, die dem Zweck der Geselligkeit, der Pflege des Gesanges, der körperlichen Übung, Bildungsbestrebungen, künstlerischer Erziehung, der Unterhaltung der Kranken, der Sicherung von Leidensgeldern oder auch politischen Zwecken dient; der Verbindung können ausschließlich Lohnarbeiter des gleichen Berufes angehören und doch wird diese Organisation nicht als Gewerkschaft erscheinen können. Diese dauernde Verbindung von Lohnarbeitern des gleichen Berufes wird erst zur Gewerkschaft, wenn die Aufrechterhaltung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen der Zweck ihres Strebens ist, und wenn sie in all ihren Aufgaben und in ihrem ganzen Wirken unmittelbar oder mittelbar wirkt für die Sicherung der Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter. Wenn sie bestimmt ist durch das Streben nach Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter, insbesondere in der Gestaltung des Arbeitsvertrages.

Durch diese Aufgaben unterscheidet sich die gewerkschaftliche Organisation von allen anderen Vereinigungen auch von allen Verbindungen der Arbeiter. Die gewerkschaftliche Organisation schafft sich ihre besonderen Kampfmethoden, ihre eigenartigen Voraussetzungen und Bedingungen des Kampfes, sie beschränkt sich auf bestimmte Gegner und hat in langjährigen Erfahrungen ihre eigenartigen Kampfmittel ausgebildet und diese in bewährter Weise zu methodischer Anwendung gebracht. Freilich wird das nicht immer und überall erkannt. Die Arbeiter und ihre Vertrauensmänner in den Organisationen sind erfreulicherweise in der Regel nicht bloß gewerkschaftlich organisiert, sondern auch politisch in den Kampforganisationen der Arbeiter vereint, wie sie auch

anderen Verbindungen der Arbeiter angehören. Hieraus ergibt sich oft eine Übertragung politischer Kampfmethoden auf gewerkschaftliche Kämpfe, die Anwendung politischer Maßstäbe und Beurteilungen für den gewerkschaftlichen Kampf. Dies schadet der politischen Organisation wie der gewerkschaftlichen, dies führt zu falschen Urteilen, zu Mißverständnissen und zu ungerechter Bewertung, zu Reibungen. Politische und gewerkschaftliche Organisationen haben ihre eigenen Methoden, jede ihre eigenartige Voraussetzung der Entwicklung und des Kampfes, desto besser und erfolgreicher für die Arbeiter werden diese beiden Bewegungen nebeneinander wirken, je weniger man daran denkt, eine Bewegung zum Werkzeug der anderen zu machen, einer Bewegung die Mittel der anderen aufzubringen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat Zweck und Ziel, Lebensbedingung und Erfüllungsmöglichkeit ihrer Aufgaben innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein stetes Streben nach dem Waffenstillstand kennzeichnet die Gewerkschaftsbewegung, ruheloser Krieg, der nur mit der völligen Vernichtung des Gegners enden kann, kennzeichnet den weltgeschichtlichen Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Das hindert nicht, daß die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung Voraussetzung des Sieges der Sozialdemokratie sind, daß die Sozialdemokratie in ihrem Gegenwartswirken Voraussetzungen für den Erfolg der Gewerkschaften schaffen kann und soll.

Krebsgang in der Arbeiterpolitik in Frankfurt a. M. (Obstruktion im Stadtparlament.)

Unter denjenigen Stadtverwaltungen, die immer glauben, durch schöne Redensarten beweisen zu können, daß sie hinsichtlich der sozialen Erkenntnis und der daraus sich ergebenden Betätigung in Deutschland an der Spitze marschieren, nimmt Frankfurt a. M. wohl die erste Stelle ein. Bei jeder Gelegenheit hört man die Vertreter des Magistrats sowie die der Freisinn-Demokratie aus vollem Brustton erklären, daß sie ein „gutes Herz“ für die städtischen Arbeiter haben und daher deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse die besten im Deutschen Reiche seien. Wenn es aber gilt, diese schönen Worte in die Tat umzusetzen, dann haben die Herren in der Regel ihr „gutes Herz“ zu Hause gelassen und nur ihr kapitalistisches Herz mitgebracht. Daß aber selbst Vertreter bürgerlicher Parteien es fertig bringen, ihre Beschlüsse von Jahr zu Jahr rückwärts zu revidieren, dürfte immerhin ein ziemlich hartes Stück gerade für die sogenannten „Fortschrittsparteien“ sein. Dieses kompromittierende Kunststück haben sich aber die Herren in letzter Zeit bei der Behandlung der Arbeitszeitfrage für die städtischen Arbeiter geleistet.

Schon seit Jahren sind die städtischen Arbeiter und auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten bemüht, für die städtischen Betriebe eine den Verhältnissen entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Der erste dahin zielende Antrag wurde von der sozialdemokratischen Fraktion im Dezember 1905 gestellt, wonach bis zum 1. April 1907 für alle städtischen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte. Schon damals kam es zu großen Auseinandersetzungen, wobei der Kapitalistenstandpunkt der bürgerlichen Parteien und des Magistrats klar in die Erscheinung trat. Um sich aber mit dem Glorionschein der Arbeiterfreundlichkeit zu umgeben, stimmte man schließlich folgenden verwässerten Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses zu:

„Der Magistrat zu ersuchen, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben auf 9 Stunden, soweit das ohne Beeinträchtigung der Arbeitsleistung selbst möglich ist, vorzugehen und der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen, welche Betriebe dabei in Betracht kommen und welche finanziellen Mehraufwendungen dafür erforderlich sein würden.“

Auch bei diesem Beschlusse tritt schon die Sorge um die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung hervor. Die Beratungen darüber fanden am 7. Mai 1907 statt. Damit glaubte man nun zunächst seinen guten Willen den Arbeitern gegenüber bewiesen zu haben und weder Magistrat noch Stadtverordnetenversammlung kümmerten sich mehr um diese Frage.

Im Dezember 1907 reichten aber die städtischen Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ein, in welcher auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden für die Tagelöhner und auf 8 Stunden für die Schichtwechselarbeiter verlangt wurde. Die Eingabe wurde von der Stadtverordnetenversammlung dem Sozialpolitischen Ausschusse überwiesen, während es der Magistrat bis heute noch nicht für notwendig erachtet hat, sich darüber zu äußern,

Nach langwierigen Verhandlungen im Ausschuss kam die Sache endlich am 20. Oktober 1908 in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Während sich die Mehrheit des Ausschusses um die Frage der Arbeitszeitverkürzung herumzudrücken versuchte, erhob Stadtv. Süttmann (Soz.) in seinem Minderheitsbericht erneut den Antrag auf Einführung des Neunstündentages. Nach lebhaften Auseinandersetzungen im Plenum — die Verhandlungen nahmen damals nahezu zwei Sitzungen in Anspruch — faßten die Stadtverordneten unter anderem folgenden Beschluß:

„Die Einführung eines allgemeinen normalen neunstündigen Arbeitstages hat zum 1. April 1909 zu erfolgen.“

Dieser Beschluß war konsequent und ließ auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Kenner der Verhältnisse wußten aber zu genau, daß er nicht ausgeführt werden wird, da zunächst der Magistrat nicht gehalten ist, diesbezügliche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auszuführen, und es auch den bürgerlichen Parteien gar nicht so ernst mit der Befolgung ihres Willens war. Das letztere geht schon daraus hervor, daß noch keine der bürgerlichen Parteien nach ihrem damaligen Beschluß rechnerisch hat; — man ist jetzt sogar drauf und dran, den Beschluß von 1908 vollständig aufzugeben. Die bürgerlichen Parteien brauchten aber damals ein arbeiterfreundliches Aushängeschild, weil im November die Stadtverordnetenwahlen stattzufinden hatten; und das sind immer besondere Reflexzeiten für diese Herren. Wie der Magistrat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung aufgesägt hat, ist daraus ersichtlich, daß er, anstatt denselben auszuführen, mit einer „Denkschrift“ über die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben geantwortet hat, in welcher nicht nur Unrichtigkeiten, sondern grobe Verirrungen gegen Wahrheit und Objektivität nachgewiesen sind. Diese Denkschrift des Magistrats, in der er mit mathematischer Genauigkeit Arbeitszeitverkürzungen von einigen Minuten zurechtkonstruiert, hat nun den Unfall der bürgerlichen Parteien vollständig bewirkt. Die Denkschrift wie auch eine Resolution der städtischen Arbeiterversammlung vom November 1910 waren dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen worden, welcher nun der Stadtverordnetenversammlung darüber Bericht erstattete, eine Aufgabe, die dem nationalliberalen Professor Trommerhausen übertragen war. Im Ausschuss selbst waren schon zwei Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder abgelehnt worden. Der weitgehendste davon verlangte, daß für alle Tagarbeiter die neunstündige und für alle Schichtarbeiter sowie die Kanalspüler und die

Wagenwäscher der Straßenbahn die achtsündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Die bürgerliche Mehrheit stellte sich aber gegenüber ihrem früheren Beschluß auf den Standpunkt des Magistrats, daß ein einheitlicher Normalarbeitstag in den städtischen Betrieben nicht durchführbar sei, sondern nur in den Betrieben mit schwerer und gesundheitsgefährlicher Arbeit mit einer Verkürzung vorzugehen werden soll. Um nun entsprechend den Ansichten des Magistrats und der bürgerlichen Mehrheit wenigstens schrittweise vorwärts zu kommen, stellten die sozialdemokratischen Vertreter folgenden Antrag:

„Der Magistrat wolle die Arbeitszeit zunächst in der Weise verkürzen, daß sie 1. für die Schichtarbeiter der Elektrizitätswerke und Umformerstation, die Schichtarbeiter des Gaswerks Hedderheim, die Arbeiter der Pumpstationen und des Schlacht- und Viehhofs, die Kanalspüler, die Nachtarbeiter der Straßenreinigung, die Wagenwäscher und die im Nachdienst beschäftigten Handwerker und Hilfsarbeiter der Straßenbahn nicht mehr als acht Stunden pro Tag resp. Schicht beträgt; daß 2. für sämtliche Tagarbeiter der Elektrizitätswerke mit Kabelnetz, des Hafens und Lagerhauses, der Müllverbrennung, der Kläranlage, des Gaswerks Hedderheim, des Wasserwerks, der Bauinspektionen, der Straßenreinigung, der Handwerker, Depot- und Streckenarbeiter der Straßen- und Waldbahn, der Materialverwaltung und die Handwerker des Fuhrparks nicht mehr als neun Stunden pro Tag beträgt. Für die Fuhrleute des Fuhrparks tritt ebenfalls eine dementsprechende Verkürzung ein. Diese Herabsetzungen der Arbeitszeit wolle der Magistrat bis zum 1. Oktober 1911 zur Durchführung bringen.“

Auch dieser Antrag, der nun dem Willen der Herren Rechnung trug, ging ihnen zu weit und sie lehnten ihn mit der lächerlichen Ausrede ab, daß sie nicht in der Lage wären, die in den angegebenen Betrieben zu verrichtenden Arbeiten zu prüfen; außerdem müsse auch auf die Finanzen der Stadt Rücksicht genommen werden. In diesem Sinne hatte auch der Herr Professor seinen Bericht aufgegeben und empfahl zum Schluß dem Plenum folgenden nichtsfahenden Antrag zur Annahme:

„Da die Einführung eines allgemeinen Normalarbeitstages für sämtliche städtische Betriebe nicht möglich ist, nimmt die Stadtverordnetenversammlung Kenntnis von der wiederholten Erklärung des Magistrats, daß er bereit sei, schrittweise weitere Verkürzungen der Arbeitszeit eintreten zu lassen, und ersucht den Magistrat, in allen städtischen Betrieben fortgesetzt eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, soweit es die dienstlichen

In Ferien bei den Wasserbauarbeitern.

Wenn Du in die Ferien gehst, lieber Leser, so wappne Dich: Du brauchst 1., 2. und 3. Geld, viel Geld. Bist Du gar Vater familias, so heißt es an allen Ecken und Kanten: Sparen und knauserig sein. Willst Du also aus dem jetzt zwar gewiß nicht „rauhem Norden“ in den sonst vielgerühmten „sonnigen Süden“, so mußt es schon ein „Sonderzug“ sein, der Dich aus der großen Steinwüste in die oberbayerischen Berge entführen soll. Auf der Reise kommen Dir wohl Zweifel, ob die Strapazen die Reisefreuden nicht am Ende überwiegen, denn der Eisenbahnfiskus schenkt Dir nichts, mein Lieber! Anstatt 10 Stunden im stollen D-Zug, fährst oder richtiger schmorst Du gleich 17 Stunden im allerältesten, fast ausgerangierten Schwimwagen bis München, der „heiß“ herbeigeschonten Kunst- und Bierzentrale. Aber endlich ist's überstanden. Du hast 10 M. „gespart“ und dafür einige Stunden länger im Marterkasten gefesselt, ein hübscher Ausgleich.

Weil's gleich ist, fährst Du noch zwei weitere Stunden hinein ins liebe Bayernland. Da taucht auch schon der liebliche Starnbergersee auf und weil das Großstadthirn, vom vielen Zeitungslernen noch völlig mit Politik und ähnlichen Schändlichkeiten infiziert ist, denkst Du an — Eulenburg, anstatt Dich still zu versenken in die Schönheit des lockenden Wassers und der am Horizont auftauchenden bayerischen Berge.

Gemacht! Station Benediktbeuern. Raum, daß Du das Rupee füllende „Hand“ gepäc' zur Erde schleudern konntest (3 Grosche, 2 kleine haben zusammen wohlgezählte 9 Stück!) geht das Zügle weiter nach Endstation Kochel. Du aber stehst auf der neuen Erde, die Dir 3 Wochen Heimat geben soll. Einstweilen hilflos zwischen Koffern und Schachteln ohne jedes Feldherrntalent. Aber da naht auch schon der Mann mit dem großen Narren und bald sind wir unterwegs zum „Haus 58“, beim Kollegen Etl. Es ist die äußerste Nordspitze des langgestreckten augenheintlich wohlhabenden Dorfes. Am Halbtage umgrenzen die großen Berge den Horizont, noch kennen wir nicht einmal alle bei Namen: die Benediktenwand (1804 Meter) mit ihrem wichtig zudigen Rinden im Hintergrund

läßt keinen Zweifel aufkommen, daß sie dieser Gegend den Stempel ausdrückt.

Unser „Einzug“ geht ohne alle Feierlichkeiten vor sich. Nicht einmal die Dorfjugend nimmt davon Notiz. Mit herzlichster Freude werden wir im „Haus 58“ empfangen und nach Ueberwindung der ersten sprachlichen Schwierigkeiten entwickelt sich bald eine lebhafteste Unterhaltung, die zum Glück keinerlei politischen Einschlag enthält. Es dreht sich zumeist um Wetter, Kühe, Moos (Wiesen) und andere „landwirtschaftliche“ Themata.

Um 8 Uhr ist Schlafenszeit, daß Du's weißt! Du sitzenverbordener Großstädter, der Du die Nacht zum Tage machst und häufig nach Mitternacht noch allerhand vollbringst. Dafür darfst Du auch spätestens um 4 Uhr aufstehen, hast einen klaren Kopf und begrüßest den neuen Tag als ein gottgegebenes Geschenk. Nicht nur Plage und Arbeit, sondern auch Lust und Freude am schönen Morgen erwachen in Dir und schon regt sich die Sehnsucht: Ach, wenn man doch immer so vernünftig leben könnte!

Unser Aufenthalt bringt gleichsam als Jubelouvertüre ein echtes rechtes Gebirgsgewitter. An tausend Ecken und in der Blitze. Die Donner hallen wider an den Bergen und der Regenstrom schießt laminenartig hernieder! Nicht wahr, lieber Leser, das könntest Du jetzt jeden Tag brauchen in dieser Hundstagschwüle! Aber auch uns ward dieses Glück nur zu Anbeginn und all unsere Wanderungen als „Talschleichen“ oder auch unsere Bergtouren und Kletterübungen mußten wir im Schweiße unseres Angesichts ausführen. Nur die münchischen Bergwässer fühlten uns zuzeiten den Leib und wenn der Tour gar zu viel Sonne drohte, gings früh um 3 Uhr los, da läßt sich's ertragen.

Doch ich wollte Dir einiges von unseren Kollegen, den Wasserbauarbeitern berichten. Eine Sonntagsversammlung beim „Benediker“. Zwar sind nur 15 Kollegen anwesend, das sind aber 90 Prozent der Organisierten. Beschäftigt sind zirka 30 Kollegen bei der Wasserbauverwaltung. Zieht man den stuttuerenden Teil in Betracht (der verhältnismäßig groß ist), so kann sich diese Versammlung sehr wohl sehen lassen. Auch der Verlauf ist ein ausgezeichneter. Der Vorsitzende verweist auf die Notwendigkeit,

Anforderungen unter Berücksichtigung der städtischen Finanzen gestattet, insbesondere solche Maßnahmen in erster Linie in Betrieben zu beschleunigen, die für die Arbeiter gesundheitsgefährlich sind."

Stadtv. Cohen (Soz.) nagelte diese Rückwärtsredaktion in der Frage der Arbeitszeitverkürzung in gebührender Weise fest und wies nach, daß der ganze Bericht nur auf mögliche Schönfärberei angelegt ist. Er erhob zum Schluß erneut die sozialdemokratischen Anträge aus den Ausschlußberatungen. Ihm folgte der Stadtv. Schneider, seines Zeichens Fortschrittler und Bauunternehmer, dessen Ausführungen vom Unternehmergeist getragen waren. Unter anderem behauptete er, daß eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit zu Ungerechtigkeiten führen müsse. — Solche Probleme könnten übrigens auch nicht gelöst werden ohne Rücksicht auf die Privatindustrie und die Finanzen. Mit diesem Rückschrittler rechnete Genosse Hüttmann, der als Gauleiter des Maurerverbandes diesen Herrn aus nächster Nähe kennt, gründlich ab. In geradezu treffenden Ausführungen wies der Redner nach, daß Beamte und Arbeiter mit zweierlei Maß gemessen werden, die auch auf der Galerie Weifallkundgebungen auslösten. Der Vorsitzende Dr. Friedleben drohte sofort mit Räumung. Darauf ruft noch ein Arbeiter: „Ja, so geht man mit Arbeitern um!“ Der empfindliche Herr Vorsitzende empfiehlt nun sofort im richtigen Gaudiumston, den Zuhörerraum zu räumen. Damit hat auch der Vorsitzende bewiesen (der immer als außerordentlich objektiv gelten will), daß er der Einseitigkeit zum Opfer gefallen ist. Wenn nämlich die gnädigen Damen der Herren Rechtsanwältinnen und Börstianer bei einer von ihrem Herrn Gemahl gehaltenen Rede den lebhaftesten Weifall klatschen, hat der Vorsitzende das noch nicht gerügt, viel weniger noch die Galerie räumen lassen. Unsere Vertreter haben zum Protest dagegen sofort den Sitzungssaal verlassen, wodurch die Beschlusfähigkeit herbeigeführt wurde. Darob große Entrüstung unter den bürgerlichen Parteien; daß sie auf diese Weise moralisch geächtet würden, hatten sie wohl nicht geglaubt. Um sich nun aber vor der Leichtigkeit zu decken, greift man zu der bekannten Spitzbubenmoral, indem sie hinter der Sozialdemokratie herlaufen: „Halte den Dieb!“ Unsere Fraktion soll jetzt auf einmal schuld sein, daß die städtischen Arbeiter keine Arbeitszeitverkürzung bekommen. Dabei ist der von der bürgerlichen Mehrheit gestellte, oben wiedergegebene Antrag für die städtischen Arbeiter so inhaltlos, wie das auch auf deren Reden zutrifft. Solche Hochtätigkeiten ziehen daher bei den aufgestellten

städtischen Arbeitern nicht. Diese wissen vielmehr ganz genau, wer die Schuldigen sind. Die Tatsache bleibt daher bestehen, daß die städtischen Arbeiter von der bürgerlichen Mehrheit nichts zu erwarten haben, da diese, wie es sich in der Frage der Arbeitszeit zeigt, endgültig vor dem Magistrat zusammengeknickt ist. Den städtischen Arbeitern rufen wir daher zu: Arbeitet unablässig an der weiteren Stärkung unserer Organisation, damit vermöge derselben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung das nötige soziale Verständnis beigebracht werden kann. Der Acht- resp. Neunjundentag ist unser Ziel, es muß erkämpft werden!

R. R.

Der Magistrat von Danzig schützt seine Bürokratie auf Kosten der städtischen Arbeiter.

Die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Handwerker Danzigs durften bis von kurzer Zeit zu den Gebudligsten Deutschlands gezählt werden. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechen in keiner Hinsicht den Anforderungen der Neuzeit. Doch ertragen sie das alles mit einer Ruhe, die jedem Menschenfreund ein Unbehagen einflößte ob der Rücksichtslosigkeit der mit schwerer Arbeit gegen sehr geringe Entlohnung geplagten Menschen. Nur ein geringer Teil war unter ihnen, die den Mut hatten, sich einer modernen Organisation anzuschließen und neue Rekruten für sie zu werben. Das Gros der Arbeiter gehört einem „kommunalen Arbeiterverein“ an und ein Väterchen dem „Christlichen“ Verbänden mit dem langen Namen und wenig Mitgliedern sowie dem schwindsüchtigen „Hirschen“. Alle drei Vereine waren bemüht, für die städtischen Arbeiter nichts zu tun. Nur so ist es zu verstehen, daß hier alles beim alten blieb und die pekuniäre Lage der Arbeiter eine immer unerträglichere wurde. Der blaue „Verein kommunaler Arbeiter“ tat alles Mögliche, um keine Ungerechtigkeiten der Arbeiter nach außen bemerkbar werden zu lassen und die Zentrumschriften und „Dirische“ wollten sich in Untertänigkeit nicht übertreffen lassen. So wetteiferten diese Arbeiter-Vertreter um die Gunst des Magistrats und die Rot der Arbeiter genierte sie wenig. Endlich sollte für die städtischen Arbeiter Danzigs eine bessere Zeit kommen. Es kamen die Ergänzungs-wahlen zum Stadtverordnetenkollegium, und nun wurden den städtischen Arbeitern goldene Verge versprochen, wenn sie dem schwarz-

neut eine Eingabe zu machen, die vom Referenten alsdann eingehend begründet wird. Dabei weist er nun freilich nicht auf das „proletarische Elend“ hin, sondern zeigt treffend, was unser Verband bislang für die Wasserverbauer erreicht hat. Einst folgte der rigoroseste Abzug jeglicher Regenstunden und auch jetzt ist hier noch nicht alles so wie es sein sollte. Vor Eingreifen unserer Organisation wurde auch im Winter nur stundenweise (7½ Stunden) bezahlt; jetzt gilt Sommer wie Winter der gleiche Tagelohn (3,60 bis 3,80 Mark). Das allein schon bedeutet eine erfreuliche Verbesserung. Und die zahlreichen Uebergriffe mancher Vorgesetzten, Flußbaumeister usw., die früher an der Tagesordnung waren, haben gegenüber der organisierten Vereinigung der Kollegen nicht aufrecht erhalten werden können. Gegen jegliche Ungerechtigkeit, schlechte Behandlung, Bevorzugung einzelner zieht unser Verband mit gutem Erfolg zu Felde. Und wenn die neue Eingabe uns wieder einen Schritt vorwärtsbringt, so danken wir das der Organisation. . . Auch ich spreche etwas von der Notwendigkeit, die Solidarität, das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen. Wenn wir Norddeutschen nun freilich auch nicht „Loabitoag“ (Brotteig) richtig sagen können, so verstehen wir uns in diesen Dingen doch recht gut, wie der weitere Verlauf der Diskussion erweist.

Daß übrigens die Arbeit der Wasserverbauer mancherlei Schwierigkeiten bietet, die gar zu leicht unterschätzt werden, bewies uns am Sonntagvormittag unser Filialvorsitzender, indem er uns die Verbauung an Ort und Stelle zeigte und erläuterte. Da hat der Wildbach den Berg unterwaschen. Nun rutscht er je nachdem gemächlich oder plötzlich herunter, es entstehen große „Reifen“. Der Wald stürzt übereinander. Steine, Geröll und entwurzelte Bäume sausen zu Tal und richten namentlich im Frühjahr großen Schaden an, wozu noch der volkswirtschaftliche Verlust des Waldes kommt. Durch das Verbauen des Wildbachs in allen seinen Zweigen werden die bei Gewittern, Regengüssen oder der Schneeschmelze plötzlich einbrechenden und ungestüm wilden Wasser unschädlich gemacht. Auf stundenlangen Strecken, fest vermauert bei den „Reifen“ und Wendungen, kann das Wasser nur noch den gewünschten Lauf nehmen. Es ist gezähmt. Bei längerer Trockenheit versiegt der

„Wildbach“ und es bleiben nur mehr wunderbar grün-blaue „Gumpen“, in denen sich schnell dahinsplitzende Forellen tummeln. Hast Du gar zu große Hitze, so springst Du selbst in solch einen Wassergumpen und kühlst den heißen Leib. Der böse Wildbach ward zum Diener der Menschheit. Aber das kostet Schweiß, mein Lieber! Die schweren Steine zum Verbau müssen mühsam zusammengetragen und vermauert werden, Baumstämme und Ries-schotter sind in rechten Zwischenständen anzubringen, kurz und gut: um den verderbendrohenden Wasserstürzen zu begegnen, muß alle menschliche Intelligenz angewandt werden. Dazu kommt die Arbeit im eiskalten Flußbett selbst. Allerdings schützen Dich die wasserdichten Stiefel vor Nässe, aber immerhin einen vollen Tag schweren Kies und Steine herauszuschleusen mit der scharfen Schippe ist keine Kleinigkeit. Und erst die Schwierigkeiten des Materialtransportes! So kann wohl jeder Kollege von der Wasserverbauung fordern, daß ihm die Vorgesetzten bis hinauf zur Regierung gerecht werden.

Nur zu oft muß auch der einzelne noch seine bescheidene Landwirtschaft in Gang halten. Früh um 4 Uhr verlangt das Vieh frisches Futter und nach Feierabend muß gleichfalls manches „Geschafft“ werden. Und die Frauen unserer Kollegen, auf denen der größere Teil dieser Arbeit ruht, sind wahrlich nicht leicht daran. Arbeit und Schaffen heißt ihr Leben und wohl ihnen, wenn keine Krankheit sie trifft.

Auch bei der Arbeit habe ich die Kollegen besucht und es mag hier gesagt werden, daß die anerkannt liebenswürdige Art dieser Vorgesetzten ein Beweis dafür ist, daß die häßliche Schitane und Heße an mancher Baustelle ganz und gar überflüssig ist und durchaus nicht im Interesse des Staates liegt. Aber mancher Vorgesetzte glaubt seinen Respekt nur durch Raunereien aufrecht erhalten zu können und spielt sich als „Kloans Herrgott!“ auf. . . Möge nun unsern wackern Kollegen bei den neuen Eingaben ein Erfolg beschieden sein. . .

Es reizt, einiges zu sagen über das nahezu älteste Kloster Deutschlands: Benediktbeuern. 733 gegründet, vom hl. Bonifatius 742 eingeweiht, ist es wohl fünfmal abgebrannt und wieder auf-

blauen Bloß gegen die Sozialdemokratie ins Rathaus verhelfen. Um die Leute aufs Garn zu loden, hat man auch einige „Arbeitervertreter“ zentrumschriftlicher und Hirsch-Tunderscher Couleur als Kandidaten aufgestellt. Die schon so oft betrogenen Arbeiter ließen sich nochmals betrügen und halfen den Arbeiterfeinden ins Rathaus. Nun konnten sie ja für die Arbeiter alles bewilligen was nötig war, denn es sitzen ja nur lauter „Arbeiterfreunde“ darin. Doch haben diese Herren keinen Finger für die Arbeiter gerührt. Und als die Arbeiter selbst im zentrumschriftlichen und Hirsch-Tunderschen Lager ein wenig zu murren angingen, da besannen sich endlich die Organisationsleiter ihrer Versprechungen und reichten dem Magistrat einige sehr beschriebene Wünsche ein. Die „Christen“ baten den Magistrat, er möge den im Etat festgelegten Lohn an die Arbeiter der Straßenreinigung auch wirklich zahlen und Arbeiterausstüffe errichten (oder erneuern?). Beschreibender kann kein umherziehender Bettler sein. Und die Müllfahrer geben auch tatsächlich betteln. Alle Weihnachten gehen sie von Haus zu Haus und erhalten von den Hauspapstas manchmal ein paar Pfennige Trinkgeld, hin und wieder auch Schelte, ob ihrer Pöcklichkeit. Die „Hirsche“ wollten natürlich als tapfere Kämpfer für Arbeiterrechte nicht hinter den Bloßbrüdern zurückbleiben und auch sie stellten einige beschriebene Wünsche. Nun kam die Beratung im Stadtverordneten-Kollegium und mit ihr die große Enttäuschung für die städtischen Arbeiter. Die „besseren Herren“ waren natürlich gegen jede, auch die geringste Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die Parade-Arbeitervertreter traten so lau und so ungeschickt für die Miniaturforderung ein, daß natürlich die ganze Aktion verpuffte und die Arbeiter um eine Enttäuschung reicher wurden. Von diesem Treiben angeirrt, beschloßen die Gasarbeiter auf eigene Faust vorzugehen und unterbreiteten dem Magistrat eine durch zwei Kollegen eingereichte Eingabe, in der sie fordern:

1. 10proz. Lohnerböhung.
2. Einen neuen Lohnsatz mit alljährlichen Steigerungen, wonach der Höchstlohn nach fünf (statt bisher 15) Jahren zu erreichen ist.
3. Bezahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld.
4. Errichtung eines Arbeiterausschusses, wozu ein Musterstatut eingereicht wurde.

Dies brachte wieder einen großen Teil Mut in die Reihen der Gasarbeiter und wenn nicht alles trügt, dürfte von hier aus eine

gebaut. Einstens enthielt es 40 000 Bände der allerältesten deutschen Literatur, großenteils handschriftlich! Hier arbeitete Joseph Fraunhofer 10 Jahre lang, der Entdecker der Spektralanalyse. Aber die Herrlichkeit der Kirche schwand im Laufe der Jahrhunderte. Zwar sieht noch die vor zirka 200 Jahren erbaute prächtige Klosterkirche und dient allsonntäglich dem Hochamt. Das Kloster aber besteht nicht mehr. Es ist jetzt Militär-Gesundungshaus und Remontedepot und die Kiefernräume sind zum Teil durch eine Brauerei, zum Teil durch gewerbliche Anlagen in Benutzung. Nur die Klosterkirche mit ihren uralten schattigen Räumen hat durch die Jahrhunderte Bestand gehabt. Von hier blickst Du ins weite, weite Moos, in blumige Wiesen mit Kälbertropf und Kimmelpflanz so weit das Auge reicht. Wahrlich, diese schier unbegrenzten grünen Auen in ihrer üppigen Fülle allein machen diesen Fleck Erde zu einem der schönsten im gesegneten Oberbayern.

Und wenn Du nun den Blick gen Süden wendest, da stehen sie alle die trostigen Berge: Vorne zu Deiner Linken wird der aussichtsreiche Zwiesel verdeckt von den 3 kleinen namenlosen Vorbergen; dann kommt der Windpäßlkopf (1500 Meter), daneben die grauschroffe Benediktenwand, anschließend die Glaswand und der Rabenkopf (1750 Meter); nun folgt südlich der Jochberg; der kleine Kesselberg über dem Kochsee erscheint Dir wie ein Hügel und doch: Wenn wir den in Berlin hätten! Weiter westlich ein Stückchen Karwendel und nun der vielbestiegene Herzogstand (1757 Meter, selbst für meine Frau nicht beschwerlich), weiter der Heimgarten (1769 Meter), die Etaler Spitzen und ganz fern im Hintergrunde das prächtig-seltene Wettersteingebirge mit Zugspitze, wo wir 2 Tage dran herunterschlitterten.

Doch ich will Euch den Mund nicht gar zu wässrig machen, sonst ließe sich wohl noch manches ausplauschen, was den Reid der Götter hervorrufen möchte. Nur das schüchtern Eingeständnis: Es ist auch wo anders schön, ja schöner als in der vielgerühmten deutschen Metropole. Wenn ich da z. B. an den letzten Ferientag in München denke, wird mir ganz wehleidig ob der Sehnsucht! Unter der sachkundigen Führung des „boarischen Hiasl“

Belebung der Bewegung unter den städtischen Arbeitern überhaupt eintreten.

Viel beigetragen und die Arbeiter zur Einsicht befehrt hat die jüngst durch den Magistrat den städtischen Arbeitern zugegangene Mitteilung, daß ihnen statt wie bisher für 2, nunmehr für 5 Tage der Lohn einbehalten wird. Die Empörung über diesen magistratlichen Ullas stieg von Tag zu Tag und selbst im „kommunalen Arbeiter-Verein“ garte es ganz gewaltig. Dieser Vorstand hatte diesmal den Mut, der Wahrheit die Ehre zu geben und lehnte jeden Protest gegen die Einbehaltung des Lohnes für fünf Arbeitstage ab. Nun sahen endlich die Mitglieder dieses Vereins ein, daß sie auf dem bisher genannten Wege nichts erreichen konnten. Sie gingen zu den wirklichen Arbeitervertretern und baten um Rat und Hilfe. Diese wurde ihnen auch dort zuteil. Anders verhielten sich die Zentrumschriften und die „Hirsche“. Sie wollten ganz stillschweigend darüber hinweggehen, doch haben sie sich aus Furcht vor den Folgen ihres Verhaltens zuletzt eines anderen besonnen.

Als uns das sonderbare, durch die langjährige Wirksamkeit der drei arbeiterfeindlichen Organisationen, eroberte „Geschenk“ des liberal-zentrumschlichen Magistrats bekannt wurde, gaben wir ein Flugblatt heraus, in dem wir die Erfolge der drei Vereine kurz skizzierten und demgegenüber die Erfolge unserer Organisation zum Vergleich anführten. Außerdem beriefen wir eine Protestversammlung ein, die durch Annahme einer Resolution die Zurückziehung der vom Magistrat erlassenen Verfügung fordert.

Das alles konnte den Zentrumschriften und „Hirschen“ nicht verborgen bleiben, denn die Flugblätter wurden an alle städtischen Arbeiter verteilt, und somit erhielten die Drahtzieher der beiden Gruppen von unserem Vorgehen Kunde. Zu gleicher Zeit ließ auch Herr Vorath, Hirsch-Tunderscher Gewerkschaftssekretär und Stadtverordneter aus Elbing, Handzettel verteilen, wodurch die städtischen Arbeiter zu einer Versammlung eingeladen wurden, die einen Tag früher als die unsere stattfand. Zu dieser Versammlung sind auch einige Stadtväter freijüngiger Couleur gegangen und haben nebst Herrn Vorath über alles Mögliche und Unmögliche geredet, nur über das, was gegen die fünf-tägige Lohninbehaltung geschehen soll, darüber schwiegen sie sich alleamt aus. Auch die der Versammlung unterbreitete Resolution enthielt keine Erwähnung, was die „Hirsche“ gegen die Verschlechterung der Lohnbedingungen zu unternehmen gedenken. So wagte also Herr Vorath, die Rechte der

ging's von der Schatzgalerie auf den Rathhausturm, wo uns am Horizont noch einmal die Benediktenwand herüberwinkte. Und daß ich's nur gestehe: Auch das Hoibräuhaus sah mich in seinen Räumen, ja selbst der Innenbetrieb einer Kiefernbrauerei wurde eingehend besichtigt, natürlich nur zu Studienzwecken: Homny soi qui mal y pense! Was in diesem Fall so viel heißen soll als: Beruhigt Euch, gegen den übermächtigen Alkoholgenuß wird nach wie vor energisch zu Felde gezogen!

Immerhin hat dieser letzte Ferientag den Wunsch aufsteigen lassen: Wenn der nächste Verbandstag die Redaktion gleich nach München verlegen wollte, uns sollt's recht sein! E. D.

Wir sind die Arbeit! die Macht!

Sie heben und stampfen
Es dröhnt und kracht:
Die Stimmen der Arbeit
Durchtönen die Nacht.
Der Pulsschlag der Menschheit,
Die treibende Kraft,
Die alles gestaltend
Ruhelos schafft.
Der Quellstrom des Reichtums,
Gewaltig und breit,
Er läßt sich nicht bannen
In Stunde und Zeit.

Sie stehen in der Reihe
Schweigend und dicht,
Sie heben und stampfen
Bei flackerndem Licht;
Die Arme entblößt,
Die Brust geküßt,
Um die braunen Stirnen
Der Nachtwind spielt.
Hart fallen die Schläge
Mit ehernem Klang;
Aus dröhnendem Takt
Braust ein mächtiger Sang.

Sie heben und stampfen.

Es klingt durch die Nacht:

Wir sind die Arbeit!

Wir sind die Macht!

Einst öffnet sich weit

Der Anechtlichkeit Tor,

Wir tragen die Menschheit

Zum Licht empor!

Uns kräftigt der Glaube,

Es stählt uns die Not

Im Kampf um die Freiheit,

Um Recht und Brot:

Wir sind die Arbeit! die Macht!

Danziger Gemeindegewerkschafter zu vertreten. In Elbing, wo Herr Borath den Stadtvater mimit, kennen ihn die Gemeindegewerkschafter schon besser und sind deshalb — unseres Wissens — alle bei ihm nicht organisiert, sondern gehören dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Die letzte Probe seines Nutes vor Magistratschronen wird ihn sicherlich von der Bürde, als Vertreter der städtischen Arbeiter Danzigs zu fungieren, auch entheben. Daran wird auch die ihm das Vertrauen der städtischen Arbeiter Danzigs aussprechende Resolution nichts ändern, denn sie war nur ein Angstprodukt und keine freie Entschliebung der städtischen Arbeiter.

Nach schlimmer gebärdet sich die Zentrumsfraktion. Durch unser Vorgehen aufgerüttelt, konnten sie nicht länger schweigen. Darum arrangierten sie auch eine Versammlung, in der sie ihre allbekanntesten Demagogenkunststücke vorführten. Einer dieser Helden ist selbst auch Stadtverordneter in Danzig und hat die Arbeiterforderungen sehr lau vertreten, dafür aber vor einigen Tagen eine größere Summe Geldes für allerlei bürgerliche Sportvereine bewilligt. Auch gegen die unglücklich arbeiterfeindliche Maßregel des Magistrats hat er nur in der zentrumschriftlichen Versammlung den Mund recht voll genommen, in der Stadtverordnetenversammlung war er ganz still. Das Zentrumsblatt „Westpreussisches Volksblatt“ hat auch bisher kein Wort der Kritik gefunden. Dieses Blättchen für Kronwucher und Arbeiterentrechtung brachte nun einen Versammlungsbericht, in dem es am Schluß heißt, daß „fast alle Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert waren“, dem christlichen Staats- und Gemeindegewerkschafterverband beitraten.

Die Danziger städtischen Arbeiter wissen nun ganz genau, wie sie daran sind, wenn sie noch weiter diesen arbeiterfeindlichen Vereinen angehören. Lange Jahre bestehen die Vereine in Danzig und haben die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter nicht verbessert. Und als jetzt der Magistrat dazu überging, von dem sehr kleinen Verdienst noch für fünf Tage den Lohn einzubehalten, da hätten sie am liebsten dazu ganz geschwiegen. Erst das energische Eintreten unseres Verbandes für die Rechte der städtischen Arbeiter hat sie aus dem Schlummer geweckt. Nur der freie Verband war es, der für die Arbeiterinteressen sich ins Zeug legte, während die Zentrumschriften nur in der Versammlung tüchtig den Mund voll nahmen, um ihre Schäfslein vor Aufklärung zu schützen. Die „Hirsche“ haben ein paar alte Märchen erzählt und gegen die Mahnahme des Magistrats gar nicht protestiert. Sie haben also gegen die fünf tägige Lohninbehaltung nichts einzuwenden. Und die Kommunalvereiner haben jeden Protest gegen die Lohninbehaltung weit von sich gewieken. Seht, Gemeindegewerkschafter Danzigs, so werden von diesen Vereinen eure Rechte mit Füßen getreten. Laßt Euch diese bittere Erfahrung als Lehre dienen. Heraus aus diesen Vereinen, das muß die Parole eines jeden städtischen Arbeiters sein. Lange genug seid Ihr genarrt worden. Statt Lohnaufbesserung: Lohninbehaltung! Das sind die Früchte der Arbeit dieser Vereine. Wer will, daß seine wirtschaftliche Lage eine bessere wird, wer will, daß Differenzlohn, Sommerurlaub, Ruhegeld nicht mehr nach dem Wohlwollen der Vorgesetzten, sondern nach der Länge der Zeit, die er bei der Stadt arbeitet, bemessen wird, wer will, daß endlich wirkliche Arbeiterausschüsse zur Vertretung der Interessen der Arbeiter errichtet werden, der trete in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein und führe ihm seine Arbeitskollegen zu. Städtische Arbeiter Danzigs an die Arbeit!

Unter dem Banner des Rechts — auf dem Wege zur Macht!

I.

Das Ziel der proletarischen Klassenkämpfe aller Zeiten ist die Befreiung des Proletariats aus materiellem und geistigem Elend. Das Joch der Knechtschaft sollte abgeschüttelt, die Fesseln sollten zerbrochen, jedem Menschen sollte ein menschenwürdiges Dasein gewährt werden. Dieses Ziel erscheint den Unterschichten als ihr gutes Recht, als ihr Menschenrecht, und den Widerstand der herrschenden Klassen gegen diese Bestrebungen empfindet sie als ein schreiendes Unrecht. Wenn die rechtlosen Sklaven des Altertums sich gegen ihre Unterdrücker empörten, wenn die Hörigen und Leibeigenen des Mittelalters gegen die Grundherren aufstanden, wenn die modernen Lohnarbeiter den Kapitalisten den Krieg erklärten, so geschah und geschieht dies zu dem Zwecke, um das alte Unrecht zu beseitigen und ein neues Recht zu schaffen. Der Klassenkampf ist also ein Kampf ums Recht.

Durch die Erfahrung sind die kämpfenden Arbeiter klug geworden; sie haben erkannt, daß die herrschenden Klassen niemals freiwillig auf ihre einträgliche Stellung in der Gesellschaft ver-

zichten und nie und nimmer den ausgebeuteten Massen aus freien Stücken ihr gutes Recht gewähren. Im Gegenteil, sie verteidigen hartnäckig und rücksichtslos das Unrecht, und die Vorkämpfer des neuen Rechts behandeln sie wie freche Eindringlinge und schwere Verbrecher. Es bleibt folglich den emporstrebenden Massen nichts anderes übrig, als die Herren zur Verzichtleistung und zum Nachgeben zu zwingen. Der Kampf ist demnach eine unabwendbare Notwendigkeit, und das Proletariat muß aus reinem Selbst-erhaltungstrieb alle Opfer des Kampfes tragen und alle Unannehmlichkeiten auf sich nehmen. Bei diesem wie bei jedem andern Kampfe kommt es aber nicht darauf an, wer das Recht auf seiner Seite hat, sondern es kommt darauf an, wer die größere Macht besitzt. Der Herrgott hilft immer den Stärksten und das Schicksal ist dem Mächtigsten günstig. Wer imstande ist, der Macht seines Gegners eine größere Macht entgegenstellen zu können, der kann ihm seinen Willen aufzwingen und den fremden Willen beugen. Das Recht spielt hierbei nur scheinbar eine Rolle und deshalb sagen wir: Der Kampf ums Recht ist in Wirklichkeit ein Kampf um die Macht.

Diese Wahrheit haben die Proletarier schon früh erkannt und darum haben sie sich von jeher bemüht, die Macht zu erringen, die dazu gehört, um ihr Recht durchzusetzen. Offenbar beruhte diese Macht der Ausbeuter gegenüber auf der großen Zahl, auf der Massenhaftigkeit der Ausbeuteten, auf der Kraft der Fäuste, kurz gesagt, auf der rohen Gewalt. Infolgedessen waren die Klassenkämpfe früherer Zeiten Gewaltkämpfe, in denen physische Kraft den Sieg davontrug. Sie sind aber ausnahmslos für die Unterschichten ungünstig verlaufen und haben ihnen keine Erfolge gebracht, weil die Herren, trotz ihrer geringen Zahl, mächtiger waren, als sie. Die Herren hatten die größere Einigkeit für sich, auch besaßen sie bessere Waffen, sichere Hilfsmittel und ein geschultes Heer, das sich vielfach sogar aus den Massen-gegnossen der Unterdrückten zusammensetzte. So haben denn die proletarischen Massenkämpfer der Vergangenheit vergebens ihr Blut und Leben für ihre gute Sache geopfert.

Inzwischen hat sich die Welt gedreht, die alte Gesellschaft ist verschwunden und hat einer neuen den Platz eingeräumt. Der unfreie und halbunfreie Arbeiter ist zu einem freien Manne geworden, der das freie Verfügungsrecht hat über seinen Körper und seine Persönlichkeit, über seinen Willen und seine Arbeitskraft, er darf auch über den Ertrag seiner Arbeit frei verfügen, er darf kaufen und verkaufen, was er will und wie teuer er will. Er ist auch nicht mehr der Willkür seines Ausbeuters willenlos unterworfen, sondern er tritt dem Kapitalisten als gleichberechtigte Person gegenüber und schließt mit ihm einen Vertrag, dessen Bedingungen im beiderseitigen Einverständnis festgesetzt werden. Der moderne Arbeiter ist auch kein rechtloser Proletar mehr, sondern er ist ein gleichberechtigter Staatsbürger geworden, der das Mitbestimmungsrecht hat in Staat und Gemeinde. Auch der moderne Staat hat sich zu einem Rechtsstaate entwickelt, dessen Organe — vom obersten Minister bis zum untersten Landgendarm — an die Gesetze gebunden sind und die Rechte der Staatsbürger achten und wahren müssen. Selbst die Staatsoberhäupter haben auf ihre Alleinherrschaft verzichtet und einen großen Teil ihrer Macht an ihre früheren Untertanen und jetzigen Bürger abgeben müssen. Der Arbeiter, der Jahrtausende hindurch nur Objekt des Staates und des Ausbeutertums war, ist zu einem Rechtssubjekt geworden, er vereinigt in seiner Person verschiedene Rechte und Freiheiten, während er früher nur Pflichten zu erfüllen hatte. Er hat das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung, er hat die Redefreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit, er hat das Recht, sich nach Belieben nach seinen Wohnsitz zu suchen (Freizügigkeit) und er hat das Mitbestimmungsrecht bei dem Abschluß des Arbeitsvertrages. In politischer Beziehung hat er das Wahlrecht und das Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten, er hat auch das Recht auf Wissen und Bildung und Kultur. Wir wissen wohl, daß diese Rechte vielfach noch mehr auf dem Papiere stehen, als daß sie schon verwirklicht sind, aber daran haben die Arbeiter selbst die meiste Schuld, weil sie von den ihnen zustehenden Rechten entweder gar keinen oder einen falschen Gebrauch machen. Wenn sie z. B. ihr Wahlrecht dazu gebrauchen, ihre schlimmsten Gegner in den Reichstag zu schicken, wenn sie ihr Koalitionsrecht dazu benutzen, sich in gelben oder blauen Gewerkschaften zu organisieren, so dürfen sie sich natürlich nicht darüber wundern, daß ihnen diese Rechte wenig Förderung bringen oder ihnen gar zum Schaden gereichen. Trotz alledem aber sieht fest, daß der moderne Arbeiter sich von seinen Klassengenossen früherer Jahr-

hunderte Himmelsweit unterscheidet, weil er gleichberechtigter Staatsbürger geworden ist und die gleichen Rechte besitzt, wie sein Ausbeuter.

Selbstverständlich hat sich auch die Methode des proletarischen Klassenkampfes von Grund auf geändert: an die Stelle der Gewaltkämpfe sind die Rechtskämpfe getreten; während früher die Sensen und Hengabeln, die Knüttel und Schwerter, die Waffen waren, sind heute die staatsbürgerlichen Rechte die Waffen im Klassenkampf geworden. Das ist ein Unterschied gegen früher, der gar nicht scharf genug hervorgehoben werden kann. Allerdings wäre es ein Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß diese Veränderung der proletarischen Taktik schon heute allen Proletariern zum vollen Bewußtsein gekommen sei, im Gegenteil kann man wohl sagen, daß weite Schichten des Proletariats zurzeit noch in den alten, überwundenen Anschauungen weiterleben, weil sie sich an die neue Taktik noch nicht gewöhnt haben. Aber es ist Sache der Führer und besonders auch die Aufgabe der Arbeiterpresse, in dieser Beziehung aufklärend zu wirken. Das Liebäugeln mit der Gewaltpolitik, die wir ja theoretisch alle verwerfen, muß aufhören, und mit Entschlossenheit muß sich die kämpfende Arbeiterklasse auf den Boden des bestehenden Rechts stellen. Sie darf sich von diesem Rechtsboden nicht herunterdrängen lassen durch die Provokation der Scharfmacher und der andern „starken“ Männer, die das Proletariat gern zur Aber lassen möchten, um es für lang: Zeit zu schwächen; mit ruhigem Mute, wenn auch zähneknirschend, muß sie die Rechtsverletzungen dieser Leute mit ansehen, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, daß der hauende Säbel und die schiefende Plinte in Tätigkeit gesetzt und die Kleinkalibrigen auf die Arbeitermassen gerichtet werden. Auch gegen die bombastischen Redensarten seiner falschen Freunde muß das Proletariat sein Ohr verschließen, die das Pferd beim Schwung aufsäumen und eine längst überlebte Kampfesweise empfehlen. Der heute nach einer sechzigjährigen Agitations- und Organisationsarbeit noch an die Kraft der Häute appelliert und von blutigen Zusammenstößen mit Militär und Polizei träumt, der hat die Zeit verschlafen oder er meint es nicht ehrlich mit den Massen. Die verstockte Scharfmacherei dieser Leute muß zurückgewiesen werden, denn auch ihnen gilt das Wort des großen Philosophen Kant: „Wehe demjenigen, der eine andere Politik empfindet, als die, welche die Gesehe des Rechts heilig hält!“

In der Tat beobachten wir, daß die organisierten Arbeiter ein stark ausgeprägtes Rechtsbewußtsein haben und daß sie immer mehr dazu übergehen, die rohe Gewalt abzuhalten und unter dem Banner des Rechts zu kämpfen. Dafür verlangen sie aber auch, daß ihre Gegner das Recht heilig halten und die Gesehe achten. Jeden Verstoß gegen das bestehende Recht empfinden sie als eine Unbill, dagegen ersieht ihnen die Verwirklichung des gleichen Rechts für alle als die wichtigste Aufgabe des Staates. Darum verurteilen sie die Massenjustiz als ein schreiendes Unrecht und durch eine Stärkung ihres politischen Einflusses suchen sie den heutigen Staat seines Charakters als Klassenstaat zu entkleiden. Das Proletariat hat oft genug seinen Willen zum Ausdruck gebracht und trotzdem sieht man ihm die Absicht eines gewaltsamen Umsturzes unter, die herrschende Klasse scheut selbst vor der größten Rechtsverletzung nicht zurück und trotzdem nennt sie sich die Erhalterin der Ordnung und des Rechts — wer dies für vernünftig hält, dessen Geist muß anders gebaut sein als der unsere.

Die „Volksfürsorge“.

Der von den letzten Kongressen der deutschen Genossenschaften und Gewerkschaften angenommene Antrag, für die Konsumgenossenschaftlich und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine Unterstützungseinrichtung ins Leben zu rufen, um die mancherlei Nachteile der privaten Versicherungs-gesellschaften abzuwenden, hat weit und breit im Lager aller Parteien die weitgehendste Beachtung gefunden. Aus der Verteilung kann man überall entnehmen, daß der Plan auch den Gegnern der selbständigen Arbeiterbewegung ganz gewaltig imponiert. Und in der Tat glauben wir, daß der Reichstag und seine in Aussicht stehende Ausführung besonders geeignet sind, der modernen Arbeiterbewegung weitere Arbeitsscharen zuzuziehen. Das fühlen auch die Gegner und daher ihre Angstschreie. Es gelingt den offenen und den versteckten Gegnern der Arbeiterbewegung immer weniger, die Dinge den Arbeitern anders scheinen zu lassen, wie sie sind. Je weniger es aber gelingt, in eben dem Maße verlieren die bürgerlichen Parteien und

die ihnen assistierenden Schein-Arbeiterorganisationen, wie Centrumschritten und Hirsch-Dundersche Gewerbevereine, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse. Darum dürfen nach dem Willen der bürgerlichen Parteien die modernen Arbeiterorganisationen nicht in die Lage kommen, etwas im Interesse der Arbeiter gut zu machen. Derart war die Taktik der Arbeiterfeinde seit jeher und so ist sie heute noch. Bei der Reichsversicherungsordnung stimmte man aus diesem Grunde alle Anträge der Sozialdemokratie im Reichstage nieder. Indem von den Gegnern nachträglich die Millionen ausgerechnet werden, die die Durchführung der sozialdemokratischen Anträge angeblich gekostet haben soll, wird hummerweise zugegeben, daß die Arbeiter durch die gewollte Unterbindung der positiven sozialdemokratischen Arbeit großen Schaden erleiden.

Bei der Beurteilung der „Volksfürsorge“ durch die bürgerliche Presse ist derselbe Grundsatz maßgebend, möglichst zu verhindern, daß die Arbeiterorganisationen etwas gut machen. Wie es schon öfter vorlag, daß die Arbeitergegner im Reichstag einen abgelehnten Antrag der Sozialdemokraten wieder einbrachten und ihn dann unter dem Zwange der Umstände annehmen, um wenigstens der verhassten Arbeiterpartei den Schein des Nichttönnens vor dummen Leuten aufzuladen, so kommt auch jetzt schon der Vorschlag, daß das Reich die Versicherung selbst in die Hand nehmen solle.

Die sozialdemokratische Presse hat ja durchgängig den Plan der Volksfürsorge sehr sympathisch begrüßt und ihm große Bedeutung beigelegt. Sehr bezeichnend war wieder die Beurteilung durch die ultramontane Presse, die in ihrem Kerger ganz vergaß, daß das ultramontane Anhängel, die „christlichen“ Gewerkschaften, doch auch so etwas wie Arbeiterfürsorge wenigstens scheinen lassen müssen.

Von den bürgerlichen Zeitungen gibt es aber auch verschiedene, die nicht in das allgemeine Horn tueten und die Verhinderung des Planes von der Regierung verlangen. Die „Deutschen Nachrichten“, das Organ der organisierten Beamten, spricht zwar auch von „sozialdemokratischen Waffen“:

„Mit dem Beschluß des achten Gewerkschaftskongresses ist die Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu einer der wichtigsten sozialdemokratischen Waffen auf einem Gipfelreife angelangt. Die drohende Gefahr wird mit einemmal allseitig erkannt, und selbstverständlich bleibt auch der übliche Verlegenheitsruf nach dem starken Arme des Staates nicht aus. So meint die „Kreuztg.“: „Es wird nicht länger angehen, daß man (nämlich der Staat) der durch die Sozialdemokratie forcierten Entwicklung der Konsumvereine ruhig zusieht.“ Es gibt doch nichts Bequemeres als diesen Ruf nach der staatlichen Intervention! Nur schade, daß sich selbst die wadere „Kreuztg.“ über die Art dieses staatlichen Eingreifens nicht ganz klar geworden zu sein scheint. Bleibt sie doch in ihrer tödlichen Verlegenheit schließlich an dem allenheilschlichen — an dem Namen „Volksfürsorge“ hängen, der nach ihrer Meinung unter keinen Umständen von einer Behörde genehmigt werden darf. Als wenn sich die Sozialdemokratie ausgerechnet auf den Namen verweisen würde.

Dann heißt es:

„Was aber tun? Sollte der Ruf nach der Staatsgewalt wirklich der Weisheit letzter Schluß sein? Die Rückeroberung des verlorenen Terrains scheint uns durchaus noch nicht zu den Unmöglichkeiten zu gehören. Dann muß aber die Freude an der Konsumgenossenschaftlichen Betätigung im bürgerlichen Lager bewußt geweckt und gepflegt und alle Störungen müssen niedergehalten werden, die von den doch nicht zu belehrenden „Mittelstandsreutern“ auch künftig zu erwarten sind. Man muß sich auch höheren Orts darüber klar werden, daß man eine Bewegung, die über eine Million Mitglieder zählt und deren Gesamtumsatz die halbe Milliarde fast erreicht, nicht durch kleinliche Schikanen unterdrücken kann.“

Und weiter:

„Die Konsumvereinsbewegung ist eine rein wirtschaftliche, völlig unpolitische, und jetzt erweist es sich handgreiflich, welche großen taktischen Fehler die Behörden begingen, als sie den Beamten den Eintritt in neutrale, angeblich als sozialdemokratische Genossenschaften verboten. Diese ängstliche Sorge der Behörden, die Beamten möchten nur ja nicht mit den Sozialdemokraten in Berührung kommen, hat mitunter schon etwas Komisches und für die Beamten wenig Schmeichelhaftes an sich.“

Die „Soziale Praxis“ schreibt unter anderem:

„Von weitaus größter Bedeutung unter allen Vereinbarungen dürfte indessen der Plan einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge werden. Den großen Versicherungs-gesellschaften, die mit außerordentlich hohen Gewinnen arbeiten, soll eine gang löse Unterstützungsvereinigung — nur im Falle von

Schwierigkeiten seitens der Aufsichtsbehörden will man eine andere Form (Genossenschaft, Aktiengesellschaft, Gegenseitigkeitsvereinigung) wählen — entgegensteht werden, die jedem gewerkschaftlich-genossenschaftlich Organisierten die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung bei Tod, Alter und zur Versorgung der Kinder gibt, ohne daß er einen Pfennig des eingezahlten Kapitals verlieren könnte. . . . Daß das Unternehmen von den Genossenschaften nicht allein, sondern mit den Gewerkschaften gemeinsam geplant wird, hat seinen Grund nicht nur darin, daß die Gewerkschaften an sich schon ein Interesse daran haben, daß die Mittel organisierter Arbeiter nicht Unternehmungen zuließen, die mit unverhältnismäßigem Gewinn arbeiten und mehr oder weniger dürftige Leistungen hinter geschickt verwendeten Reklamезiffern verbergen, sondern auch darin, daß die Gewerkschaften den Werbeapparat stellen und damit die Kosten bedeutend herabmindern sollen; Propagandakosten werden dadurch ebenso gering werden, wie etwaige Provisionen, da die Gewerkschafts- (und auch die Partei-) Presse den Eifer der Mitglieder ergänzen wird."

Ziemlich schmerzhaft ist die Folgerung, die die „Zeitschrift für Versicherungswesen“ aus der Sache zieht. Das Blatt bejammert, daß die Privatversicherungsgesellschaften durch den Verfall der Policen große Gewinne erzielen, und es „warnt“ dann vor der Gründung der „Volksfürsorge“. Schließlich heißt es:

„Da die Gewerkschaften nun die Volksversicherung nicht besser und vor allem nicht billiger werden bieten können, als unsere großen deutschen Gesellschaften, so raten wir ihnen, die Neugründung zu unterlassen und lieber dahin zu wirken, daß den bestehenden und bewährten Volksversicherungsgesellschaften immer neue Anhänger erwachsen. Dann werden diese Gesellschaften in die Lage kommen, ihre Dividenden zu erhöhen und dadurch die Volksversicherung verbilligen zu können. Das wird diesen Gesellschaften jedenfalls eher und in höherem Maße möglich sein, als einer neu zu gründenden Volksversicherungsgesellschaft.“

Es liegt wäherlich keine Veranlassung vor, daß Gewerkschaften und Genossenschaften diesem „guten Rat“ zustimmen werden.

Die „Volksfürsorge“ wird ein neues Mittel sein, die Einzelnen und damit auch die Masse widerstandsfähiger zu machen und die modernen Arbeiterorganisationen zu stärken. Darum ist die Einrichtung in doppelter Weise zu begrüßen.

• Aus unserer Bewegung •

Warenth. In der Versammlung am 12. August wurde der Kassenericht vom 2. Quartal 1911 gegeben. Die Gesamteinnahme betrug 1248,41 Mk., die Ausgaben 178,71 Mk. An Unterstützungen wurden aus lokalen Mitteln in Krankheitsfällen 15 Mk. und von der Hauptkasse 31 Mk. gezahlt. An den Verbandsvorstand wurden abgeliefert 300,05 Mk. in bar und 31 Mk. in Leistungen. Bleibt in der Filiale ein Kassenbestand von 738,65 Mk. Die Mitgliederzahl betrug Ende des vorigen Quartals 88, eingetreten sind 5, Summa 93; davon sind ausgetreten 5 und 2 sind zu anderen Verbänden übergetreten, bleibt ein Mitgliederbestand von 96. Im „Verschieben“ wurde gefordert, die Kollegen möchten sich fernerhin etwas eifriger an der Agitation und den Versammlungen beteiligen.

Berlin. (Wasserwerke.) Ueber „Schule und Kirche“ sprach Genossin Wöhm-Schuch in der am 7. d. M. stattgefundenen allgemeinen Versammlung. Reicher Beifall lohnte die Referentin für ihre Ausführungen. — Alsdann erichteten die Kollegen Deutsche und Eisenblätter Bericht über die Verhandlungen zwischen dem Direktor Eggert und der Kommission des Arbeiterausschusses. Zur Verhandlung kamen u. a. die Bezahlung der provisorischen Löhne, Vergütung von Arbeiten an die Privatunternehmer sowie Regelung der Kaffeepause für die Handwerker und Arbeiter der Werkstatte. Im vorigen Jahre wurde den Arbeitern, wenn sie mit Arbeiten höher bezahlter Lohnskalen beschäftigt wurden, der sonst für diese Klasse zutreffende Lohn entzogen. Diergegen protestierten die Kollegen, und der Arbeiterausschuß sowie ein Vertreter des Verbandes wurden beim Herrn Direktor Eggert vorstellig. Der Direktor erklärte der Kommission damals, nachdem sich herausgestellt hatte, daß nur aus technischen Gründen der Lohn nicht mehr gezahlt wurde, daß die Löhne wieder zu zahlen seien, wenn die Arbeiten längere Zeit — z. B. eine Woche — dauern. Mit dieser Regelung erklärten sich die Kollegen einverstanden. Es hat sich aber im Laufe der Zeit ergeben, daß die Verwaltung sich nicht um die Forderung des Direktors kümmert, denn der Lohn wurde nach kurzer Zeit wieder entzogen. Bei der jetzt stattgefundenen Verhandlung sagte der Direktor zu, die Sache nachzuprüfen, und wenn tatsächlich der Lohn vorenthalten worden ist, soll derselbe vom Februar ab nachgezahlt werden. Bei der Vergütung der Arbeit an die Privatunternehmer stand der Direktor auf dem Standpunkt, daß dies im Interesse der Wasserwerke notwendig sei. Die Arbeiten

würden in eigener Regie zu teuer (!). Unseren Kollegen war es nicht möglich, den Direktor von seiner Anschauung abzubringen, und so mußten sie sich mit dem Zugeständnis begnügen, daß er versuchen wollte, bei der Deputation dahin zu wirken, daß bei Vergütung der Arbeiten dem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden soll, nicht länger als 10 Stunden arbeiten zu lassen und den ungelerten Arbeitern einen Lohn von mindestens 40 Pf. pro Stunde zu zahlen. Die Regelung der Kaffeepause konnte nicht erreicht werden, da der Regierungsbaumeister Wassermann gegen den Vorschlag der Kollegen Einspruch erhob. Auf Vorschlag des Direktors richteten die Kollegen diesen Antrag der Deputation ein. — In der Diskussion bezweifelten die Kollegen, daß die Zahlung der provisorischen Löhne schon geregelt würde, wie es von dem Direktor versprochen und von den Kollegen erwartet wird; unter Beifall erklärte ein Redner: „Fort mit dem provisorischen Lohn und her mit auskömmlichen Löhnen für alle Arbeiter.“ Wie recht die Kollegen hatten, beweist, daß die unteren Verwaltungsjstellen bemüht sind, die Worte des Direktors wieder ins Gegenteil zu verdrehen. Folgender Geheimerlaß an die Rohrmeister bzw. Kolonnenführer diene als Beweis: „Falls bei einer Kolonne nicht genügend Klopfer und Rohrleger sind, wird den zu solchen Arbeiten herangezogenen Arbeitern provisorisch höherer Lohn bewilligt, wenn die Beschäftigung als solche länger als 8 Tage dauert, von der darauffolgenden (!) Lohnwoche ab. Zu Klopferarbeiten rechnen: Fugen, Bergucken und Abklopfen und Stellung als Windenführer. Rohrlegerarbeiten: Ab- und Umreifen sowie Transportieren der dazu benötigten Bohlen, Bedienung des Meißelns, Herstellung der Grabenöhle und Bedienung der Windenkurbel. Alle anderen Arbeiten, wie Geranrollen großer Rohre an den Rohrgraben (hat unter Leitung des Wagenführers zu geschehen), Herantragen kleinerer Rohre und Herablassen derselben in den Rohrgraben, Kapselodermachen, Befestigung der Rohre und Weiterrollen der zur Windenunterlage benötigten Bohlen, Unterstopfen der Rohre usw., sind durch gewöhnliche Arbeiter zu verrichten.“ — Dieser Erlaß, welcher nicht einmal die Stelle angibt, an welche er gerichtet ist und keine Unterschrift trägt, ist geradezu ein Muster der Verschleierung! Scheinbar wird der Zusatz des Direktors Folge gegeben, im Endeffekt sind es Lohnabzüge! Dies mag die Verwaltung den Arbeitern zu bieten in einer Zeit, in der die Arbeiterschaft der Wasserwerke unter Ausbietung aller ihrer Kräfte die Weltstadt Berlin vor Wassermangel schützt! In der Deputation sowohl wie in der breiten Öffentlichkeit wird die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter anerkannt, in der eigenen Verwaltung lobt man diese Arbeitsfreudigkeit durch Lohnabzüge. Mit Recht führten die Kollegen aus, daß sie sich gegen eine derartige Maßnahme werden zu schützen wissen. Noch haben die Arbeiter der Wasserwerke ihre Organisation und diese Waffe werden sie zu gebrauchen wissen.

Berlin. Die Straßenreinigung genießt in Berlin den Ruf, daß ihr die Keimlichkeit besonders am Herzen liegt. Wie faul es aber damit bestellt ist, beweist folgender Notizdrei aus Bürgerkreisen im „Vorwärts“ vom 4. August: „Wenn Keimlichkeit an sich schon eine Tugend ist, die jeder gesittete Mensch als Wohltat empfindet und pflegen soll, so um so mehr, als es jetzt bei dieser abnormen Hitze jeder Mensch doppelt angenehm empfindet, wenn überall peinliche Keimlichkeit herrscht. Wie wohlthuend wirkt es doch, wenn von den mit Wasser besprengten Straßen des Nachts der Staub durch die Rehrmaschinen beseitigt ist; alle die Menschenmäuel, welche bei diesen Ditzegraden sich tagtäglich durch die Straßenzüge winden müssen, werden es doppelt angenehm empfinden. Anders sieht es in den Straßenzügen des Nordens aus. Den Schreiber dieser Zeilen führt der Weg jeden Morgen durch die Stadtteile der Gegend der Prenzlauer Allee, auch direkt durch die Prenzlauer Allee an den Siedeln- und Misfrauenhäusern vorbei. Da liegt nun der von den Rehrmaschinen zusammengelegte Staub zu beiden Seiten des Radbammes, und Straßenreinerer fegen, ohne zu sprengen, diesen möglichen Staub zu kleinen Haufen zusammen, wodurch ungeheure Wolken aufsteigen und das Passieren der Straßenzüge geradezu zur Gefahr machen. Dieser mit allem möglichen zu Staub zerriebene Urat legt sich auf die Lungen und in ganz feinen Staubdichten auf die Kleider der Passanten. Er zieht durch die geöffneten Fenster in die Wohnungen und ist so direkter Verbreiter von Krankheiten. Um diesen standalösen Zustand, der nicht erst jetzt, sondern schon seit langer Zeit und auch schon in früheren Jahren beobachtet worden ist, bekümmert sich anscheinend niemand. Oder soll hier vielleicht Wasser gespart werden? Oder sind nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden? Aus Faulheit oder Bequemlichkeit können doch die Arbeiter es kaum unterlassen zu sprengen, denn sie selber sind doch der am stärksten leidende Teil dabei, indem sie doch in diesen Wolken kaum atmen können. Es ist doch dringend zu wünschen, daß angesichts der jetzt herrschenden Temperatur von den dazu berufenen Stellen alles nach Möglichkeit getan wird, um solchen Zuständen abzuhelfen.“ Der im Schlußsatz ausgesprochene Wunsch ist durchaus berechtigt, nur stehen solche Ansichten in der Berliner Straßenreinigungsverwaltung nicht fonderlich hoch im Kurse. Was die ungenügende Besprengung bei der Arbeit der Rehrmaschinen betrifft, so kann man ruhig sagen, daß hier die Direktion

und die Unterbeamten des in Frage kommenden Stadtteils der schuldige Teil sind. Die Herren Aufseher setzen ihren Stolz darin, mit möglichst wenig Leuten auszukommen. Eine Maschinenkolonne, die früher 7 bis 8 Mann stark war, besteht heute nur aus 4 bis 5 Mann; daß dabei nicht ordnungsgemäß gearbeitet werden kann, muß jedem klar sein. Das kümmert aber die Herren Vorgesetzten nicht; denn sie haben mit der Beobachtung anderer Dinge zu tun; z. B. geben sie sich in Gemeinschaft mit den Vorarbeitern alle Mühe herauszubekommen, wer von den Arbeitern dem Verband und wer von den Arbeitsjurys der Jugendorganisation angehört. Und wenn sie es heraus haben, dann wehe demjenigen, der nicht standfest ist; er wird solange schikaniert, bis er von selbst aufhört oder zu den Getreuen des Herren Aufsehers zurückkehrt. Die Jurysen entläßt man kurzerhand, wie es kürzlich ein Fall in der 25. Abteilung wieder gezeigt hat. Obwohl sich für den wegen Ausübung des Koalitionsrechts Gemäßregelten sofort der Stadtverordnete Genosse Schneider verwandte, hat die Direktion sich bis heute noch nicht mit einem Wort geäußert. Die Beamten der Berliner Straßenreinigung treten eben mit aller Offenheit die Rechte der Arbeiter mit Füßen, ohne daß ihnen irgendwer ein Haar krummt. Diese Beschäftigung erscheint manchem Aufseher wichtiger, als daß er sich um die genügende Reinigung der Straßen bekümmert.

◆ Rundschau ◆

Wegen das Marokko-Abenteuer nimmt der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einem klammernden Ausruf Stellung, aus dem wir folgende Sätze herausheben: Die Marokko-Affäre hält seit Wochen Europa in Erregung. Der von Frankreich und Spanien unter Bruch der Algerierakte unternommene Versuch, Teile Marokkos unter ihren militärischen und politischen Einfluß zu bringen, kam unseren alldeutschen Kriegshelden sehr gelegen. Seit Jahren, besonders aber seit der Abdankung Wilhelms II. in Tanger, verlangten sie zur Förderung ihrer kapitalistischen Ausplünderungsgelüste eine Aufteilung Marokkos. Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem marokkanischen Hafen Agadir, angeblich um die Interessen Deutschlands in jenen Gegenden zu schützen, fand in den Kreisen der Freizugspatrioten und ihrer Ecklinge jubelnde Zustimmung. Glaubt man doch, seinem Ziele näher gekommen zu sein. Zugleich erwidert der dadurch geschaffene Konflikt geeignet, die Massen von der trostlosen Situation in der inneren Politik Deutschlands abzulenken. Die sozialdemokratische Presse hat gegen die frivole Politik nachdrücklich Einspruch erhoben. In zahlreichen Massenversammlungen hat die Arbeiterklasse Anfang Juli gegen das Marokko-Abenteuer protestiert und durch imposante Massendemonstrationen in Berlin und Paris haben die deutschen und französischen Arbeiter ihre Solidarität bekundet und erklären lassen, daß sie sich nicht wie willenlose Sammelherden auf die Schlachttrommel treiben lassen, sondern bereit sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Frieden zu sichern. In ähnlichem Sinne haben sich die Arbeitervertreter im englischen Parlament erklärt. Noch ist nicht bekannt, zu welchen Ergebnissen der bisherige Diplomatenhader führt. Das dringende Verlangen des Volkes nach Aufklärung hat der deutsche Abolitionismus souverän mißachtet. Nun scheint die das Licht des Tages sehende Schacher-maderei eine neue Wendung genommen zu haben. Konjervative und nationalliberale Kolonialinteressenten und deren Hintermänner, die einflußreichen Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, die Armeelieferanten und Wärfenherren, denen bei einem Kriege Riesengewinne winken, loben wegen eines „schmachvollen Olmüß der deutschen Diplomatie“ und erheben ein wütendes Kriegsgeheul! Diesem verbrochenerischen Treiben gilt es Einhalt zu gebieten! Wegen den Gedanken, wegen der Marokko-Affäre einen völkermörderischen Weltkrieg zu entfachen, muß machtvoll Protest erhoben werden. ... Die deutsche Sozialdemokratie fordert, daß endlich der Deutsche Reichstag einberufen wird, damit die Volksvertretung Gelegenheit hat, bei dieser, die vitalsten Interessen des Volkes berührenden Frage entscheidend mitzuwirken. Es ist notwendig, daß das Volk in Massenversammlungen diese Forderung selbst erhebt. Wegen den Willen der breiten Volksmassen ist heute kein Krieg mehr möglich. Deshalb: Auf gegen das Marokko-Abenteuer! Wieder mit den Kriegshebern!

Der Katholikentag in Mainz. Seit 63 Jahren vollzieht sich nun das selbe Schauspiel. Alles, was willig oder unwillig der katholischen Kirche zum Gehorsam verpflichtet ist, wird aufgeboten, um die „Tatsache“ zu konstatieren, daß Kirche und Zentrum die Volksmassen hinter sich haben. Alles ist so geschickt vorbereitet, jede einzelne Szene so wohlüberdacht, daß die ganze Veranstaltung durch keinerlei unvorhergesehene Störung beeinflusst werden kann. Regisseure und Inspektoren sind dorthin geschickt und vorzüglich eingearbeitet, daß jeder objektive Zuschauer ihnen unverbohlen seine Bewunderung zollen muß. Wie folgiam sich die geduldigen Schäbchen von ihren geistigen Führern an der Strippe ziehen lassen, beweist der Umstand, daß sämtliche vom Stapel gelassenen Reden, die schon vorher im Druck erschienen waren, auch

die nötigen Bemerkungen wie Beifall, stürmischer Beifall usw. enthielten. Vor 40 Jahren hätte man über die „Tatsache“, daß die Zentrumspartei in der Hauptsache ihre Gefolgschaft aus den Reihen der arbeitenden Bevölkerung rekrutiere, ärgern können. Dies erübrigt sich heute um so mehr, nachdem die Kulturbewegung der Sozialdemokratie den Vater Staat gezwungen hat, seinen Schädel etwas anzustrengen, so daß die Zahlen der Statistik als nachgebender Faktor in die Waagschale geworfen werden können. Die christlichen Gewerkschaften verfügten 1910 über ganze 245 128 Mitglieder, während die freien Gewerkschaften 2 017 208 zählten. Dabei weiß doch jeder, der die Verhältnisse kennt, daß die „Christen“ keinen Arbeiter, der nicht schon als Knecht für verloren gilt, in Ruhe lassen, bevor er nicht Mitglied geworden ist. Die „Edelsten und Besten der Nation“, zu denen der Präsident der Kaiserin Taugung, Graf Galen, ebenfalls gehört, sind es, die den Ton angeben. Wenn in den früheren „Konzerten“ so mancher Trompeter seine Töne gegen Regierung und Zentrum oder gegen „evangelische Unbotmäßigkeiten“ erschallen ließ, so sind an seine Stelle Flöten und Schalmeien getreten, um die Zeit der gottgewollten Abhängigkeit durch feinerlei Rippen zu hören. Um so mehr aber hat man Fanfaren und Posaunen aufgeboten, um die Lehre der Sozialdemokraten mit übernatürlicher Lungenkraft tollzulassen. Seitdem der Proletariat seine eigene Macht schätzen gelernt hat und selbst in die Schranken getreten ist, wird vom Zentrum ein „Prinzip“ nach dem anderen gepöppelt, nur um den Siegeszug der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Besonders mußte der Umstand, daß die Gedächtnisrede auf den Verfechter des Sozialarbeitsstages, Bischof Ketteler, vom Freiherrn von Hertling gehalten wurde, unseren katholischen Volksgenossen zu denken geben. Gerade Hertling war es, der sich gegen den Sozialarbeitsstag aussprach und im Zentrum allgemein als Förderer der agrarischen Interessen gilt. Reichstagsabgeordneter Trimborn stellte fest, daß die Sozialdemokratie allmächtig geworden wäre, wenn ihr das Zentrum nicht die christlich nationale Arbeiterbewegung hätte entgegenstellen können. Er hätte dabei auch gleichzeitig feststellen können, daß die Zentrumspartei jahrzehntelang im Reichstag allmächtig gewesen ist und trotz dieser Allmacht durch Annahme des Zoltarisches und der Finanzreform dafür gesorgt hat, daß der Geldbeutel der Arbeiter immer erhalten muß, um dem Staate das kostspielige Beitragen zu Wasser und zu Lande überhaupt zu ermöglichen. Wo wäre in Deutschland die Sozialpolitik, wenn die Sozialdemokratie nicht fortgesetzt als treibender Keil für die Interessen der Arbeiter eintreten würde. Wie sieht es mit der Sozialpolitik in denjenigen Gemeinden aus, wo keine sozialdemokratischen Vertreter vorhanden sind? Unsere Kollegen haben zur Genüge erfahren, daß die Zentrumspartei für unsere Forderungen nicht leicht zu gewinnen sind, und so kann sie das Schwangeprägen von Mainz über den wahren Sachverhalt nicht hinwegtäuschen.

Arbeiter und Teuerung. Die Wahlbewegung von 1911/12 wird einem fürchterlichen Helfer bekommen, den niemand herbeigewünscht hat und jeder am liebsten sehen sieht, es ist die Teuerung! Ein reichstehendes Berliner Organ hatte nur zu recht, als es schrieb, daß dieser Wahlhelfer viele Wähler, die durch die deutsche Marokkopolitik und den Kolonialerweiterungsummel vielleicht trotz aller reaktionären Taten des Reichstages blaueschwarze Stimmzettel abgegeben hätten, jetzt in den kommenden Monaten der Teuerung, nach links treiben würde. Die Fülle der vergangenen Wochen hat überall Früherrenten notwendig gemacht. Gerade die Periode der letzten Ausreifung des Getreides sichert erst die Qualität. Der Erdbruich wird deswegen diesmal viel geringer sein als sonst. Das Vieh leidet unter dem Mangel frischen Futters, die Trockenfütterung der Wintermonate muß jetzt schon — im August — und trotzdem doch die Futterernte recht mäßig ist, durchgeführt werden. Aber nicht nur Brot und Fleisch, auch alle Gemüse und sonstigen Bodenprodukte leiden unter der andauernden Dürre. Die Teuerung des kommenden Winters wird so ganz allgemein sein. Der fürchterliche Wahlhelfer, der aufrüttelnde Hunger wird in den Hütten, wo stumpfe Verzweiflung herrscht, sein Werk tun. Die Aufgabe der Sozialdemokratie hat niemals darin gelegen, den Hunger zum Propagandisten sozialistischer Ideen zu machen. Das muß aber trotzdem festgehalten werden, die dauernde Teuerung, die sich jetzt in verstärktem Maße für den kommenden Winter ankündigt, ist im wesentlichen zu mildern, wenn der agrarische Schuppsoll heruntergedrückt wird, und wenn die Grenzsperr für frisches Fleisch, dieses angenehme Mittel, die inländischen Fleischpreise zu treiben, aufgehoben wird. Was das Volk in Zeiten der Teuerung an Millionen Mark mehr ausgibt, was es hungert und entbehrt, es ist im wesentlichen nur möglich durch die agrarische Abschneidung des Deutschen Reiches! Dies wird im kommenden Wahlkampf nicht zu sagen vergessen werden! Vorläufig ist von einer besonderen Fleisch- und Brotteuerung noch nichts oder doch nur sehr wenig zu merken. Und dies hat seine guten Gründe. Das Getreide erscheint diesmal um drei bis vier Wochen eher auf dem Markte als sonst. Das Vieh verkauft der Bauer lieber jetzt und im besondern auch das Jungvieh, als daß er im Winter es nicht mehr preiswert verkaufen kann. Wir haben es jetzt also mehr mit einem Überangebot von Getreide und Fleisch zu tun, die Preise müßten demnach momentan sinken! Die Land-

wirtschaftliche Presse hat dies auch schon begriffen, deswegen predigt sie, durch den Chorus der „Deutschen Tageszeitung“ angeführt, vorläufig mit dem flotten Verkauf der Frühernte zurückzuhalten, damit im kommenden Herbst gesteigerte Preise verlangt werden können, ohne daß jetzt eine Verbilligung eintritt! Es ist klar, daß sie auch von der Regierung für die Viehzüchter verstärkten Schutz wegen der Maul- und Klauenseuche fordert, dies heißt im agrarischen Jargon natürlich nur mehr und noch intensivere Grenzsperrre. Bei all den schlimmen Nachrichten vom Lebensmittelmarkt darf der Arbeiter aber, dies muß immer wieder betont werden, eins nicht vergessen! Findet er sich von vornherein mit einer kommenden Teuerung ab, so wird die Preissteigerung für den Landler noch leichter sein. Wir haben alle Ursache, von der Regierung solche Maßnahmen zu fordern, daß die Preise nicht steigen! Deswegen muß den Preisgestaltungen aller Lebensmittel jetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Nach oben gehen die Forderungen viel leichter und auch rascher als nach unten. Und durch eine allzu große Gewöhnung an die kommende Teuerung, die Preissteigerungen zu erleichtern, hat die Arbeiterschaft keine Ursache. Deswegen muß schon jetzt für jeden einzelnen die Aufklärung seiner Nachbarn und Freunde dadurch erfolgen, daß er ihnen die Wurzeln aller Lebensmittelteuerung harlegt und dies ist die agrarische Politik der deutschen Regierung!

Wer nicht pariert, fliegt! Die Eisenbahndirektion Berlin hat folgende Verfügung erlassen: „Es werden neuerdings lebhaftere Anstrengungen gemacht, um die Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden insbesondere Flugblätter und periodische Agitationschriften verbreitet. Von derartigen Drucksachen, die das Ziel haben, Unzufriedenheit unter den Bediensteten zu erregen und das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Personal zu stören, wird nachdrücklich gewarnt. Das Mitbringen solcher Flugblätter und sonstiger ordnungsfeindlicher Agitationschriften zur Dienst- oder Arbeitsstätte oder ihre Weitergabe wird als Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen angesehen, die ebenso wie jede andere Beteiligung in dieser Richtung die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung oder die Mündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.“ Dem Eisenbahnminister ist im preussischen Abgeordnetenhaus von den sozialdemokratischen Abgeordneten wiederholt mit aller Schärfe nachgewiesen, daß jedes derartige Organisationsverbot vollständig gesetzwidrig ist und nichts darstellt als einen plumpen und brutalen Willkürakt der Eisenbahnverwaltung. Die Versuche, den Eisenbahnarbeitern das freie Koalitionsrecht zu rauben, sind aber nicht nur eine Offensivmaßnahme, sondern auch eine schmäbliche Torheit. Denn selbst wenn es gelänge, die Eisenbahner zum Anschluß an die der Regierung so verhasste freie Organisation abzuhalten, so ist doch die Verwaltung völlig außerstande, den wachsenden Geist der Empörung unter den Eisenbahnern zu dämpfen. Welche Stimmung unter den Eisenbahnern herrscht, das hätte doch wahrhaftig jene große Eisenbahnerversammlung in der „Neuen Welt“ beweisen sollen, wo von den Vertretern der Arbeiter eine so scharfe Kritik an der Verwaltung geübt wurde, wie sie je kaum aus sozialdemokratischem Munde geübt worden ist. Wenn die Regierung sich einbildet, diesen Geist der Empörung durch eine brutale und gesetzwidrige Anmeldepolitik austreiben zu können, so wird sie noch einmal Wunder erleben!

Das Winterprogramm des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei ist soeben erschienen und an die örtlichen Bildungsausschüsse verschickt worden. Bildungsausschüssen und anderen Interessenten, die es nicht erhalten haben, wird das Winterprogramm auf Wunsch von der Geschäftsstelle, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zugestellt. Das Winterprogramm hat den Zweck, den örtlichen Bildungsausschüssen für die Praxis der Bildungsarbeit Anregungen und Ratschläge zu geben. Es enthält Angaben über die Organisation der örtlichen Bildungsausschüsse und der Bezirksbildungsausschüsse, deren Einsetzung von der Zentrale dringend gewünscht wird. Genaue Mitteilungen macht das Winterprogramm über die wissenschaftlichen Wanderturse, die den wichtigsten Teil der Bildungsarbeit bilden; über die Vorbereitung und die Einrichtung der Kurse, über die Kosten, sowie über die Ausreisdispositionen der ständigen Wandervedner Tunder, Mühle und Graf und einiger gelegentlicher Mitarbeiter gibt die Publikation des Bildungsausschusses alle notwendigen Aufklärungen. Weitere Abschnitte des Winterprogramms beschäftigen sich mit den Fragen der Jugendschriften, der künstlerischen und geselligen Veranstaltungen und der Theaterveranstaltungen für Arbeiter. Den Schluß bildet ein Entwurf zu einem Arbeitsplan für einen örtlichen Bildungsausschuss. Der Bildungsausschuss hat sich, wie er schreibt, in seinem diesjährigen Winterprogramm Beschränkungen auferlegt und zwar mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf, zu dessen Gunsten alle anderen Veranstaltungen während der Monate Dezember und Januar ausfallen.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart. Heft 14 und 15 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eubekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 32 u. 33. Vierteljährlich nur 3 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart. (Nr. 17.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Noch in die Kiste fährt die neueste Nummer (32) des literarischen Volksblattes „Die Kiste“. Sie zeigt, wie die Idee des Fliegens schon seit uralter Zeit in der Menschheit lebte und immer wieder zur Verwirklichung drängte. Aber diese Verwirklichung in alter Zeit bestand nur in Träumen und Phantasien der Dichter, erst unserer Zeit war die Umsetzung in die Tat vorbehalten. Von der alten griechischen Sage von „Dädalus und Ikarus“ ausgehend verfolgt „Die Kiste“ durch Darbietung der schönsten Proben von alten und neuen Erzählern und Dichtern die Entwicklung des Fluggedankens durch alle Zeiten. Gegenüber der griechischen Sage, die mit der germanischen von dem Schmied Wieland verwandt ist, zeigt „Die Luftfahrt Alexander des Großen“ eine andere, und zwar recht komische Ausgestaltung des Problems. Dann spricht Goethes „Faust“ in der Szene vor dem Tor seine Sehnsucht aus, sich über die Erde zu den Wolken zu erheben. Der Lösung des Problems in unserem heutigen Sinne kommt der dänische Märchendichter Christian Andersen in seinem Zukunftsbilde „In Jahrtausenden“ merkwürdig nahe. Und schließlich leiten zwei Gedichte „Der Flieger“ von Wilhelm Schmidtborn und „Ballonfahrt“ von Will Kesper ganz in unsere erfolgreiche Zeit über. Den Schluß bildet die Schilderung einer Fahrt „Im Wright Apparat“ von Adolf Gehl, die auf wirklichem Erlebnis beruht. Es ist eine eigenartige und interessante Zusammenstellung, die „Die Kiste“ da bringt. Diese schöne Wochenchrift weiß immer neue Töne anzuschlagen und ihren Lesern stets sorgsam ausgewählten, reichen und spannenden Lesestoff zu bieten, und dies zu dem geringen Preis von 1,50 Mk. für das Vierteljahr. Probenummern versendet auf Wunsch umsonst und postfrei die Geschäftsstelle der „Kiste“, München, Nimmermarkt 10.

Filiale Hamburg, Distrikt Intenwärd

:: Sonnabend, den 26. August 1911 ::
im Lokale des Herrn Struß, Alstedt

Gr. Sommernachts-Ball

verbunden mit ersten u. humoristischen Vorträgen

Ballmusik von einem großen Mas.-Orchester.
Anfang abends 8 Uhr.

Preis der Karten für Mitglieder unseres Verbandes und für Damen 30 Pfg., für Herren, die unserem Verband nicht als Mitglieder angehören, 1 Mark pro Person.

Die Distriktleitung.

Totenliste des Verbandes.

Reinhold Glab, Berlin
Gasarbeiter
† 7. 8. 1911, 45 Jahre alt.
Hermann Müller, Berlin
Helfer
† 7. 8. 1911, 22 Jahre alt.
Jakob Reichel, Fürth
Tagelöhner
† 8. 8. 1911, 70 Jahre alt.
Andreas Köhrig, Köln
Tiefbauarbeiter
† 9. 8. 1911, 45 Jahre alt.

Johann Könges, Essen
Laternenwärter
† 9. 8. 1911, 41 Jahre alt.
Franz Franke, Berlin
Arbeiter
† 11. 8. 1911, 48 Jahre alt.
Oskar Barisch, Dresden
Straßenwärter
† 12. 8. 1911, 56 Jahre alt.
Friedrich Schrowsky, Essen
Hilfsarbeiter im Gaswerk
† 12. 8. 1911, 35 Jahre alt.

Mariana Rieder geb. Andre, Freiburg i. S.
gestorben am 9. 8. 1911, im Alter von 64 Jahren.

Chre ihrem Andenken!